

Rückblicke (10)

Rolf L e h m a n n

Zum deutsch-deutschen Dialog von Militärs in den achtziger Jahren

Erinnerungen und Zeitzeugnisse

DSS-Arbeitspapiere

Heft 43 – 1998

Herausgeber:

Dresdener Studiengemeinschaft **SICHERHEITSPOLITIK (DSS)** e. V.
Vorsitzender: Prof. Dr. Rolf Lehmann Schneebergstr. 2 01277 Dresden

Inhalt:

	<u>Seite</u>
Rolf Lehmann	
Zum deutsch-deutschen Dialog von Militärs in den achtziger Jahren	3
Zeitzeugnisse	23

Redaktion, Druckvorbereitung und Vertrieb:

Dr. Joachim Klopfer (V.i.S.d.P.)
Am Jägerpark 52 D-01099 D r e s d e n
Fon: +49/0-351-8030122 Fax: +49/0-351-8036401
eMail: 0351-8036402@t-online.de
(alias: Sicherheitspolitik_DSS.eV@t-online.de)

Redaktionsschluß: 10. Mai 1998

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren.

Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren!
Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, daß durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitungen nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Kostenbeitrag: 3,50 DM

Rolf L e h m a n n

Zum deutsch-deutschen Dialog von Militärs in den achtziger Jahren

Zur Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) vom 1. August 1975 in Helsinki gehört das Dokument über „Vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“. Es enthält Vereinbarungen über:

- * die vorherige Ankündigung von größeren militärischen Manövern (Gesamtstärke von mehr als 25.000 Mann);
- * den Austausch von Beobachtern;
- * die vorherige Ankündigung größerer militärischer Bewegungen.

Eines der Nachfolgedokumente des KSZE-Prozesses, die Erklärung der Konferenz in Stockholm vom 19. September 1986, geht einige Schritte weiter. Die der Ankündigung unterliegenden militärischen Aktivitäten werden relativ detailliert festgelegt, die Einladung von Beobachtern ist keine Kann-Bestimmung mehr, die Teilnehmerstaaten vereinbaren den Austausch von Jahresübersichten militärischer Aktivitäten.

Nach einer Eiszeit von Jahrzehnten, nach absolutem Kontaktverbot zwischen den Militärs in Ost und West beginnt auch in diesem Bereich eine neue Ära. Dabei ist zu betonen, daß die Militärs, und ganz besonders die Militärs in beiden Teilen Deutschlands, wohl als letzte in diesen Prozeß einbezogen wurden. Bereits in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre gab es Gespräche zwischen hohen Militärs der UdSSR und der USA; Vertreter der beiden deutschen Staaten führten Gespräche zu Fragen der Wirtschaft, des Verkehrs, der Kunst und Kultur; die Gewerkschaftsverbände waren im Dialog. Für die Angehörigen der NVA blieb das in dieser Zeit ein absolutes Tabu, ganz im Gegenteil - die militärischen Bestimmungen über Kontaktverbote mit Bürgern westlicher Staaten wurden immer schärfer. Eine gewisse Lockerung begann erst mit der neuen Militärdoktrin der Staaten des Warschauer Vertrages aus dem Jahr 1987.

In den folgenden Darlegungen wird der Versuch unternommen, Erlebnisse, Eindrücke und Denkanstöße aus Kontakten des Autors mit Militärs aus dem westlichen Teil Deutschlands in den Jahren 1988 bis 1990 zu dokumentieren.

I. Ein Flottillenadmiral der Bundeswehr fragt an, ob er sich bei Generalmajor Lehmann vorstellen darf.

Zu einem ersten individuellen Dialog mit einem Offizier der Bundeswehr im Admiralsrang kam es am 9. Juni 1988 in Potsdam anlässlich der Jahreskonferenz des New Yorker Instituts für Ost-West-Sicherheitsstudien (Institute for East-West-Security Studies).

Bemerkenswert ist die Vorgeschichte meiner Teilnahme an dieser Konferenz. Anfang Mai 1988 erhielt ich auf direktem Weg ein Schreiben des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, in dem mitgeteilt wurde, daß am 09. 06. 1988 um 09.00 Uhr im Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam-Babelsberg eine Zusammenkunft der DDR-Delegation zur Vorbereitung der Jahreskonferenz des New Yorker Instituts stattfindet. Als Anlagen waren beigelegt: das Konferenzprogramm, die Zusammensetzung der DDR-Delegation und eine Liste der Konferenzteilnehmer. In der Liste der DDR-Delegation finde ich überraschenderweise meinen Namen, mit dem Zusatz „Ministerium für Nationale Verteidigung, Stellvertreter des Chefs der Militärakademie „Friedrich Engels“. Die Reaktion des Chefs auf meine mündliche Meldung: „Weisungen des Ministeriums für Nationale Verteidigung abwarten!“. Nach einer telefonischen Rücksprache mit dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und dessen Bitte, alles über das zuständige Ministerium zu regeln, herrscht erst einmal einen ganzen Monat Funkstille. Am 06.06., d. h. drei Tage vor Konferenzbeginn, bekomme ich über meinen Chef ein Schreiben der Politischen Hauptverwaltung auf den Tisch mit dem folgenden lapidaren Inhalt: „Beiliegend erhalten Sie ein Informationsmaterial über die in Potsdam stattfindende internationale Konferenz.“ Das Schreiben trägt keine Unterschrift!!

Handschriftliche Bemerkung meines Chefs: „In eigener Zuständigkeit Verbindung mit dem MfNV aufnehmen!“ Nach endlosen Telefonaten kam endlich am 08. 06. die Weisung: „Teilnehmen!“ Diese Vorgeschichte habe ich eingeflochten, um deutlich zu machen, welche Möglichkeiten der persönlichen Vorbereitung für den ersten Auftritt auf internationalem Parkett gegeben waren.

Zur Konferenz selbst:

Das veranstaltende Institut war zu dieser Zeit aus meiner Sicht ein ernstzunehmender Faktor; denn

- die Regierung der DDR würdigte die Jahrestagung in Potsdam sehr hoch, was sich in der Tatsache zeigte, daß alle Teilnehmer zu einem Empfang beim Vorsitzenden des Staatsrates eingeladen waren;
- für seine Jahrestagungen gewinnt das Institut verantwortliche Politiker aus Ost und West für Plenarvorträge, so in Potsdam die stellvertretenden Außenminister der UdSSR und der USA, die Außenminister der Bundesrepublik und der DDR;
- das Institut bewahrt bei Tagungen die Parität zwischen Ost und West; im Plenum, bei Podiumsdiskussionen und in den Arbeitsgruppen war die Anzahl der Redner und Leitenden der Beratungen paritätisch verteilt;
- das Institut versucht zunehmend, aktive Militärs in die Arbeit einzubeziehen. In Potsdam waren dabei: Generaloberst Tschervov, Sowjetarmee; Admiral Brost, Bundeswehr; Generalmajor Lehmann, NVA.

Auch aus heutiger Sicht, zehn Jahre danach, sind einige der auf der Konferenz dargestellten Standpunkte zur Sicherheitspolitik noch von Interesse.

Die Aussagen des Stellvertretenden Außenministers der USA, John C. Whitehead liefen auf folgendes hinaus:

- Kernwaffen haben den Frieden erhalten, deshalb darf man sie nicht abschaffen; kernwaffenfreie Welt ist eine Illusion.
- Zur Abschreckungsdoktrin gibt es keine Alternative.
- Die Umgestaltung in der UdSSR wird befürwortet. Im Mittelpunkt muß eine Wirtschaftsreform stehen. Der Westen will dabei helfen, am günstigsten wäre es, wenn die UdSSR das Wirtschaftssystem der USA übernehme.
- Schlüssel zu größerer Sicherheit ist gegenseitiges Vertrauen. Der Osten muß sich in jeder Beziehung öffnen. Mauer, Grenzen, Grenzkontrollen sind ein Relikt aus der Zeit des kalten Krieges.

Die Anfang Mai ausgegebene Liste der Konferenzteilnehmer enthielt noch keine Angaben über teilnehmende Militärs. Das änderte sich mit der Liste, welche zu Konferenzbeginn allen Teilnehmern übergeben wurde. Hier fanden sich folgende Eintragungen:

Admiral Wolfgang Brost
Department of Disarmament
Ministry of Defense
Federal Republic of Germany

General Nikolai F. Chervov
Chief of the Department of the General Staff
Union of Soviet Socialist Republics

Major General Professor Lehmann
 Head of the Military Academy „Friedrich Engels“
 Ministry for National Defense
 German Democratic Republic

Professor Dr. Klaus Schirmer
 Ministry of Defense
 German Democratic Republic

(Die Angaben sind wörtlich aus der Liste des IEWSS entnommen. Für Fehler, z. B. Lehmann, Chef der Akademie, haftet nicht der Autor.)

Die teilnehmenden Militärs waren natürlich durch Zivilkleidung getarnt. Sie mußten sich auf irgendeine Weise gegenseitig finden. Mir persönlich wurde das mit Hilfestellung sehr leicht gemacht. Ein mir bekannter Kollege aus dem Institut für internationale Politik und Wirtschaft (IPW) kam auf mich mit der Frage zu: „Hast du die Erlaubnis, mit einem Admiral der Bundeswehr zu sprechen? Der Admiral Brost möchte sich bei Dir, als dem militärischen Vertreter des Gastgeberlandes, melden.“ Eine Erlaubnis hatte ich natürlich nicht, woher auch bei dieser Vorbereitung. Aber ich hatte eine Weisung zur Teilnahme, und auf Konferenzen wird nun mal miteinander geredet. Also freue ich mich, die Bekanntschaft des Herrn Admiral machen zu können. Im Verlauf der Konferenz haben wir von dieser Möglichkeit ausgiebig Gebrauch gemacht. Bereits die ersten individuellen Gespräche machten deutlich, daß Admiral Brost zu inhaltlichen Themen der Konferenz weitaus besser vorbereitet war. Wenige Tage vor Beginn hatte er die Verhandlungsdelegationen der Bundesrepublik und der DDR in Wien besucht und sich über den neuesten Stand zu Fragen der Abrüstung und Vertrauensbildung informieren können. Davon konnte ich nur träumen.

Im Verlauf einer Vielzahl von Gesprächen am Rande der Konferenz bestand Übereinstimmung zu folgenden sicherheitspolitischen Fragen:

- Anerkennung der Realitäten in Europa: Existenz zweier unabhängiger deutscher Staaten, Zugehörigkeit zu sich gegenüberstehenden Militärbündnissen, Existenz gegenseitiger Abschreckung, Vorhandensein gegenseitigen Mißtrauens.
- Krieg ist in Europa nicht führbar; Krieg wurde zum untauglichen Mittel der Politik.
- Ziel muß ein System gemeinsamer Sicherheit sein; dazu müssen möglichst schnell praktische Schritte zum Rüstungsstopp und zur Abrüstung gefunden werden.

Breiten Raum nahm in der Diskussion die Frage der Einbeziehung von Fliegerkräften und Flottenkräften in die Verhandlungen zur Reduzierung der Streitkräfte ein. Im Fazit vertrat Admiral Brost folgende Meinung:

- Die Haltung des Westens zur Ausklammerung der Fliegerkräfte ist unseriös. Der Westen wird gezwungen sein, diese Position aufzugeben, er wird sich noch eine Weile zieren, dann aber einlenken müssen.
- Der Westen wird einer Einbeziehung der Flottenkräfte niemals zustimmen. Das Atlantische Bündnis ist im Interesse der eigenen Sicherheitspolitik auf überlegene Flottenkräfte angewiesen.

Keine Übereinstimmung gab es zur Frage der Kernwaffen. Herr Brost meinte, daß ein Minimum an nuklearer Abschreckung erhalten bleiben muß.

In einem letzten Gespräch, während der Busfahrt zum Staatsrat nach Berlin, brachte Admiral Brost – mit Blick auf die Zukunft – sinngemäß zum Ausdruck: 'Es wird über viele Jahre einen friedlichen Wettstreit zwischen den beiden Gesellschaftssystemen geben. Streitkräfte werden auf beiden Seiten über einen langen historischen Zeitraum unverzichtbar bleiben. Im Ergebnis des Wettbewerbes wird sich erweisen, daß das westliche Gesellschaftssystem dem östlichen überlegen ist.'

Ich konnte im Juni 1988 dieser Auffassung natürlich nicht folgen, aber Herr Brost sollte Recht behalten.

Im Verlaufe des Empfanges im Staatsrat kam es zu einem kurzen Dialog zwischen Admiral Brost und Egon Krenz. Herr Brost würdigte die Konferenz, die Gastfreundschaft der DDR, die Nützlichkeit der Gespräche und verwies darauf, daß er als erster Angehöriger der Bundeswehr im Generalsrang - mit Zustimmung seines Ministers - an der Veranstaltung in einem Land der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages teilnehmen konnte. Mir schien, darauf war er stolz.

1991 weilte Admiral Brost zu einer Tagung der Bundeswehr in Dresden. Er hat mich ausfindig gemacht, und in einer langen Diskussion am Abend haben wir über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gesprochen. Was mir auch heute noch wertvoll erscheint: Die Gründung der Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK (DSS) e. V. fand seine volle Unterstützung, und er bemühte sich, uns dabei Mut zu machen.

Ein kleines Nachspiel hatte die Potsdamer Konferenz im Oktober 1988. Über den normalen Postweg war auf meinen Namen ein Brief aus New York eingegangen (der Briefumschlag ist noch heute in meinem Besitz). In der Poststelle der Akademie muß irgend jemand kalte Füße bekommen haben: Ich durfte mir den Brief beim Chef der Akademie abholen. Sein Inhalt – die

Kurzfassung des Protokolls und die tatsächliche Teilnehmerliste, alles natürlich in englischer Sprache. Ich habe dieses Nachspiel nur angefügt, um zu zeigen, wie es in dieser Zeit mit dem gegenseitigen Vertrauen bestellt war.

II. Im Garten des US-Botschafters über den Dächern von Budapest

Zu einem zweiten Zusammentreffen mit Politikern und Militärs aus NATO-Staaten kam es im August 1988 in Budapest. Das Ungarische Institut für Internationale Beziehungen und das Institut für Ost-West-Sicherheitsstudien (IEWSS) hatten für die Zeit vom 29. bis 31. August 1988 zu einem Rundtischgespräch über konventionelle Abrüstung nach Budapest eingeladen. Auf Befehl des Ministers für Nationale Verteidigung der DDR wurde ich als Mitglied der DDR-Delegation eingesetzt. Im Vergleich zum ersten Akt war diesmal alles rechtzeitig und militärisch exakt geregelt. Das Rundtischgespräch war in gewisser Beziehung eine Fortsetzung der Potsdamer Veranstaltung mit thematischer Begrenzung auf Fragen der konventionellen Abrüstung.

Es fanden sieben Diskussionsrunden zu vorgegebenen Themen statt, die jeweils durch einführende Bemerkungen von je einem Vertreter der NATO und des Warschauer Vertrages eröffnet wurden.

Einführende Bemerkungen gaben jeweils:

Thema 1:	„Ziele eines stabilen Zustandes konventioneller Rüstungen“	
	- Gyula Horn	Ungarn
	- Volker Rühle	BRD
Thema 2:	„Probleme bestehender Asymmetrien“	
	- James A. Thomson	USA
	- Valentin M. Falin	UdSSR
Thema 3:	„Zustand der Streitkräfte und ihre Dislozierung“	
	- Francois Heisbourg	Frankreich
	- Rolf Lehmann	DDR
Thema 4:	„Militärdoktrinen“	
-	- Sir James Eberle	Großbritannien
	- Vladimir N. Lobov	UdSSR
Thema 5:	„Gefahr eines Überraschungsschlages“	
	- Tibor Toth	Ungarn
	- Klaus G. Citron	BRD
Thema 6:	„Konventionelle Abrüstung und Rüstungskontrolle I“	
	- Robert D. Blackwill	USA
	- Zdenek Kac	CSSR

Thema 7: „Konventionelle Abrüstung und Rüstungskontrolle II“
 - Mieczyslaw Dachowski VR Polen
 - Lynn N. Hansen USA.

(Teilnehmerliste und Funktionen in der Anlage 1, S. 22.)

Unabhängig vom Thema des jeweiligen Diskussionspunktes stellten sich als zentrale Fragen der Auseinandersetzung (die teilweise sehr kontrovers geführt wurde) folgende Probleme heraus:

(1) Die NATO unterstellt den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages Aggressionsabsichten und Aggressionsfähigkeiten. Dialoge zu Militärdoktrinen sind nur sinnvoll, wenn sie die militärisch-technische Seite der Doktrin einschließen und bis zu strategischen und operativen Konzeptionen geführt werden.

(2) Das tatsächliche Kräfteverhältnis der Streitkräfte der Seiten in Europa vom Atlantik bis zum Ural. Die von der NATO mit Zahlen belegte konventionelle Überlegenheit des Warschauer Vertrages wird von den Vertretern der UdSSR (noch) nicht akzeptiert. Eine Lösung scheint nur über die Vereinbarung von Obergrenzen für bestimmte Waffensysteme möglich. Bei der Diskussion um Zahlenangaben kam es teilweise zu unschönen Szenen, die die Grenzen der Höflichkeit überschritten. Besonders Herr Volker Rühle glänzte mit beleidigenden Bemerkungen in Richtung der Vertreter der UdSSR.

(3) Einbeziehung der Fliegerkräfte in die Reduzierung der Streitkräfte.

(4) Einbeziehung der Seestreitkräfte in die Reduzierung.

Im Verlaufe des Rundtischgesprächs fand am 31. August ein inoffizielles Arbeitsfrühstück ausgewählter Militärs statt. Daran nahmen teil:

von der NATO

Generalleutnant G. R. Stotsev	USA
Generalmajor T. Boyd-Carpentier	Großbritannien
Generalleutnant C. Jean	Italien
Generalleutnant H. D. Tandecki	BRD
Oberstleutnant T. T. Taylor	Großbritannien

vom Warschauer Vertrag

Generaloberst V. N. Lobov	UdSSR
Generalmajor Z. Kac	CSSR
Generalleutnant M. Dachowski	VR Polen
Oberst T. Czepak	VR Polen
Generalleutnant T. Toth	VR Ungarn
Generalmajor R. Lehmann	DDR.

Gastgeber war Generalleutnant T. Toth, Stellvertreter des Chefs des Generalstabes der Ungarischen Volksarmee. Im Verlauf des Gesprächs wurden (dem inoffiziellen Rahmen angepaßt) im wesentlichen übereinstimmende Standpunkte zu folgenden Fragen geäußert:

- Derartige Treffen unter Einbeziehung von Militärexperten sind notwendig, sinnvoll und sollten fortgesetzt werden. Das Treffen in Budapest wurde als erster Schritt charakterisiert.
- Es wäre sinnvoll, wenn sich dabei ein bestimmter Personenkreis immer wieder trifft, um eine Fortsetzung des Dialogs zu erreichen.
- Es müßte ein ständiges Gremium von Militärexperten beider Seiten gebildet werden - mit der Aufgabe, den Dialog zu führen, und mit der Bevollmächtigung, Experten hinzuzuziehen und den jeweiligen Regierungen Vorschläge zu unterbreiten.
- Es sollte ein gemeinsames Zentrum zur Gewährleistung europäischer militärischer Stabilität und Sicherheit gebildet werden.

Bemerkenswert aus damaliger und heutiger Sicht erscheint die Frage, wie beide deutsche Staaten an die Auswahl teilnehmender Militärs herangegangen sind. Wie aus der Liste der Teilnehmer hervorgeht, wurden die meisten Staaten durch Chefs oder Stellvertreter der Generalstäbe, Befehlshaber oder Mitarbeiter der Verteidigungsministerien vertreten. Nicht so die beiden deutschen Staaten. Als ich mich bei Generalleutnant Tandecki vorstellte, war seine erste Reaktion: „Ich vertrete hier nicht die Bundeswehr und auch nicht die Bundesrepublik, als Mitarbeiter im NATO-Hauptquartier vertrete ich die NATO.“ Meine Antwort darauf lautete: „Ich bin nicht Vertreter des Verteidigungsministeriums der DDR, sondern Mitarbeiter einer wissenschaftlichen Einrichtung – der Militärakademie in Dresden.“ Damit war klar: Wir sind beide keine offiziellen Vertreter der Staatsmacht und können offen miteinander reden. Von dieser Gelegenheit haben wir auch ausgiebig Gebrauch gemacht. Für General Tandecki war es das erste Zusammentreffen mit Militärs des Warschauer Vertrages. Im Bereich der Sachthemen kamen wir übereinstimmend zu folgenden Aussagen:

- Im Falle eines bewaffneten Konfliktes zwischen NATO und Warschauer Vertrag werden, völlig unabhängig von Verlauf und Ausgang, die BRD und die DDR verwüstet.
- Das in vielen Jahren angehäufte gegenseitige Mißtrauen muß schrittweise, ohne große Sprünge, abgebaut werden.
- Ein Treffen der beiden deutschen Verteidigungsminister ist wünschenswert.
- Der Austausch von Militärattachés zwischen BRD und DDR ist überfällig.

Im Verlauf der Gespräche wurden natürlich auch viele andere Themen berührt, bis hin zum persönlichen Bereich. Auch wir beide waren neugierig aufeinander. In diesem Zusammenhang ist ein Erlebnis erwähnenswert, welches unter anderen die Situation der damaligen Zeit charakterisiert. Am 30. August hatte der Botschafter der USA in Ungarn alle Teilnehmer zu einem Empfang in seine Residenz eingeladen. Die Residenz, ein wunderschönes Grundstück mit Blick auf die Stadt und die Donau, mit einem riesigen Garten, gab bei Sonnenschein und blauem Himmel den entsprechenden Rahmen. Während der Busfahrt zur Botschaft hatten wir nebeneinander Platz genommen und waren in ein Gespräch vertieft. Da unser Thema noch nicht erschöpft war, ging es im Botschaftsgarten weiter, und so haben wir bis zur Einladung zum Essen noch ca. 30 Minuten miteinander geplaudert. Zu diesem Zeitpunkt bat mich der Militärattaché der DDR zu einem kurzen Gespräch. Sinngemäß seine Bemerkung: „Genosse General, bitte wählen Sie sich als Tischpartner zum Essen nicht den Bundeswehrgeneral. Unsere Bündnispartner sehen das nicht gern und beobachten diese individuellen Dialoge schon eine Weile mit Mißtrauen.“ Als disziplinierter Militär habe ich Folge geleistet und am Tisch der sowjetischen Generale Platz genommen. Ich hätte dieser Episode keine weitere Beachtung geschenkt, wenn nicht am folgenden Tag General Tandecki mir gegenüber zum Ausdruck gebracht hätte, daß er sinngemäß vom Militärattaché der BRD einen gleichlautenden Hinweis erhalten hatte. Mein Fazit: Die beiden „Großen“ legten keinen Wert darauf, daß es im Bereich der Sicherheitspolitik - speziell unter den Militärs - zu einem deutsch-deutschen Dialog kommt.

Während der Veranstaltung in Budapest sind für den aufmerksamen Beobachter auch die unterschiedlichen Standpunkte der Delegationsmitglieder der UdSSR zu Problemen der Sicherheitspolitik deutlich geworden. Während Arbatov und Kokoshin strikt die Linie völliger Offenheit und radikaler Abrüstung vertraten, meinte Generaloberst Lobov, daß für Abrüstung nicht der Generalstab verantwortlich sein kann. Für die sowjetische Delegation war auch auffällig, daß ihr neben dem General aus dem Generalstab auch Generalleutnant Michailov aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Generalmajor Starodubov vom Zentralkomitee der KPdSU angehörten.

III. Der Höhepunkt im deutsch-deutschen Dialog: Hamburg im März 1989

Im November 1988 schlug der Direktor des Instituts für Friedens- und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Egon Bahr, im Rahmen einer

Fernsehschaltung dem Minister für Nationale Verteidigung der DDR, Armeegeneral Keßler, vor, an seinem Institut ein Gespräch zwischen Offizieren der Nationalen Volksarmee und der Bundeswehr zu organisieren. Im Februar 1989 erhielt der Chef der Akademie ein Schreiben des Stellvertreters des Ministers und Chef des Hauptstabes, aus dem hervorging, daß der Minister dem Vorschlag zugestimmt hat und daß von der Militärakademie „Friedrich Engels“ Generalmajor Prof. Dr. Lehmann und Oberst Prof. Dr. Arnold teilzunehmen haben.

Nach Kontaktaufnahme mit dem Hauptstab erfuhren wir die Namen weiterer Gesprächsteilnehmer: Generalmajor Dr. Hübner (Sicherheitsabteilung ZK der SED) und Oberst Dr. Schuster (Leiter Abteilung Grundsatzfragen im Hauptstab der NVA).

Das Hamburger Institut übermittelte Themenvorschläge und Fragen für die Diskussion:

1. Konventionelle Stabilität
2. Angriffsunfähigkeit
3. Luftstreitkräfte/Seestreitkräfte
4. Taktische Nuklearwaffen
5. Militärdoktrinen
6. Region Mitteleuropa
7. Verifikation
8. Zur Rolle der beiden deutschen Staaten.

Anfang März weilte der stellvertretende Leiter des Instituts, Dr. Lutz, im Rahmen der Städtepartnerschaft in Dresden. Es kam zu einem (nicht offiziellen) Gespräch im Dresdner Rathaus. Wir verständigten uns über folgenden prinzipiellen Ablauf:

Den **ersten Komplex** leitet das Hamburger Institut auf der Grundlage der oben genannten acht Themen ein.

Den **zweiten Komplex** eröffnet die DDR-Seite mit einer Darstellung zur Militärdoktrin.

Der **dritte Komplex** wird von der Bundeswehr mit einem Vortrag zum Gesamtkonzept eingeleitet.

Auf dieser Grundlage haben wir uns gemeinsam vorbereitet. Unser Mandat lautete: Bedingungen für eine Fortsetzung des Dialogs schaffen. Der inhaltliche Rahmen für unsere Darlegungen waren die publizierten Äußerungen des Ministers.

Am 28. März 1989 haben wir vom Bahnhof Berlin-Friedrichstraße die Reise angetreten. In unserer Delegation war ich der einzige, der erstmals in seinem Leben die Grenze zwischen Ost und West überschritt. General Hübner war schon zu Gesprächen in der Bundesrepublik gewesen. Oberst Arnold hatte Erfahrungen als Manöverbeobachter. Oberst Schuster hatte längere Zeit in Wien gearbeitet. Und ausgerechnet mir wurde die Ehre des Leiters der Delegation zugeordnet. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir noch keine Ahnung, wer unsere Gesprächspartner sein würden. Später stellte sich heraus, daß Bundesverteidigungsminister Scholz dem Treffen zwar zugestimmt hatte, aber unter den Druck von Gegnern des Entspannungsprozesses geraten war. Hauptursache dafür waren Zwischenfälle an der Grenze zwischen DDR und BRD. Außerdem hatte die BRD-Seite nicht damit gerechnet, daß aus der DDR zwei Generale und zwei Oberste anreisen würden. Nach Eintreffen im Institut und erstem Überwinden einer großen Schar von Journalisten bat mich Herr Bahr zu einem Gespräch unter vier Augen. Er informierte mich, daß er gezwungen sei, bei Eröffnung des Seminars darauf hinzuweisen, daß es im Zusammenhang mit Vorkommnissen an der Grenze bestimmte Belastungen gibt. Ob wir uns dazu äußern, bliebe uns überlassen. Das solle uns jedoch nicht davon abhalten, gegenseitige Kontakte auf allen Gebieten fortzusetzen und sie vor allem auch auf den militärischen Bereich zu erweitern. In seinem Arbeitszimmer kam es dann auch zum ersten Zusammentreffen mit dem Leiter der Delegation der Bundeswehr, Brigadegeneral Dr. Hagena. (Niemand konnte damals ahnen, daß wir einige Jahre später in freundschaftlicher Verbundenheit an gemeinsamen Projekten arbeiten würden).

Nach einem Fototermin für die Journalisten ging es dann unverzüglich los.
Am zweitägigen Seminar nahmen teil:

vom Institut

Egon Bahr
Dr. Dieter S. Lutz
Dr. Reinhard Mutz
Arnold P. Feicht
Susanne Feske

von der Bundeswehr

Brigadegeneral Dr. Hagena
Stellv. Kdr. Führungsakademie
Oberst i. G. Berner
Oberst i. G. Dr. Achmann
Kapitän zur See Dr. Souchon

von der NVA

Generalmajor Prof. Dr. Lehmann

Generalmajor Dr. Hübner

Oberst Prof. Dr. Arnold

Oberst Dr. Schuster

B. Lucas, 1. Sekretär der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn.

Die drei Gesprächsrunden (eine am 28. 03. und zwei am 29. 03.) sind vollständig protokolliert. Das Protokoll liegt mir vor und hat einen Umfang von 86 Seiten. In dieser späten Nachbetrachtung sollen nur einige Eindrücke und das wesentliche Ergebnis wiedergegeben werden.

Naturgemäß war der Anfang der Gespräche etwas schwierig. Hohe Militärs beider deutscher Armeen, die sich nie zuvor gesehen hatten, saßen am Runden Tisch. Die Bündnispartner waren „außen vor“. (Übrigens hatten die Botschaften der USA und der UdSSR die Bitte geäußert, an dem Seminar teilzunehmen. Das Institut hat es abgelehnt.) Die vom Institut geschaffene Atmosphäre und der gute Wille aller Seiten führten dazu, daß sehr schnell ein sachliches, offenes und vertrauensbildendes Gespräch zustande kam. Dabei wurden keineswegs die heißen Eisen ausgespart: die Unversöhnlichkeit von Kapitalismus und Sozialismus wie Feuer und Wasser (Dr. Hagena erinnert mich auch heute immer wieder einmal daran), das Problem „Vernichtende Abfuhr“, die Feindbildproblematik, die Konzeption zum Ersteinsatz von Kernwaffen, das gegenseitige Bedrohungsempfinden und vieles andere.

Inwieweit bereits nach der ersten Runde anfängliche Spannungen abgebaut waren, wurde am Abend des ersten Tages deutlich.

Der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Dr. Voscherau, hatte zum Abendessen geladen - zu unserer Erleichterung ohne Journalisten. (Hier ist anzufügen, daß wir erstens niemals mit einem solchen Medieninteresse gerechnet hatten und daß wir zweitens auf diese Art Journalismus überhaupt nicht vorbereitet waren.) Deshalb unsere Erleichterung ...

Meine erste Lehrstunde für Empfänge nach westlichem Muster: Erst wird gegessen, dann wird geredet. Bis dato kannte ich das sowjetische Prinzip: Das Essen steht auf dem Tisch, es wird geredet, und das Essen wird kalt.

Der Erste Bürgermeister meinte, das Treffen sei ein historisches Ereignis in der Geschichte beider deutscher Staaten. In einem bestand vollständige Übereinstimmung: Solche Veranstaltungen sind notwendig, sinnvoll und sollten unbedingt weitergeführt werden.

Eine Hamburger Zeitung titelte am folgenden Tag: „Beim Essen kamen die Feindbilder vom Tisch“.

Zum Abschluß des zweiten Beratungstages war eine Pressekonferenz vorgesehen. Die Offiziere der Bundeswehr erhielten vom Bundesministerium der Verteidigung keine Genehmigung zur Teilnahme. Im Interesse der Weiterführung eines sachlichen Dialog haben wir nach kurzer Beratung in unserer Delegation beschlossen, ebenfalls auf die Teilnahme zu verzichten. Das brachte uns ein dickes Lob von den Herren der Bundeswehr ein und später - nach Heimkehr - scharfe Kritik von unseren Vorgesetzten. Beide Delegationen baten Herrn Bahr, allein vor die Presse zu treten, und fixierten dazu als Orientierung die folgenden übereinstimmenden Gesichtspunkte:

- (1) Kriege sind in Europa nicht mehr führbar und nicht mehr gewinnbar.
- (2) Das erklärte Ziel beider Seiten ist die Kriegsverhinderung.
- (3) Beide Seiten haben die Absicht, ihre Streitkräfte defensiv auszurichten.
- (4) Im Falle eines bewaffneten Konfliktes wird die Verteidigung mit dem Ziel der Wiederherstellung der staatlichen Integrität geführt.
- (5) Die Ausbildung von Militärspezialisten für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Streitkräftereduzierung wird als notwendig erkannt.
- (6) Der gemeinsame Wunsch für schnelle und substantielle Ergebnisse in Wien wurde dokumentiert.
- (7) Die Einladung zur Fortsetzung des Dialogs an der Militärakademie „Friedrich Engels“ wurde zur Kenntnis genommen. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, darauf in Kürze antworten zu können.

(Das Protokoll der Pressekonferenz liegt vor).

Warum habe ich das Hamburger Treffen als Höhepunkt im Dialog charakterisiert, und welche Schlußfolgerungen haben wir daraus abzuleiten versucht? Hier muß als erstes noch einmal daran erinnert werden, daß im März 1989 kein Mensch wußte, daß es die DDR 18 Monate später nicht mehr geben würde. Wer heute etwas anderes behauptet lügt. Ich persönlich war davon überzeugt, daß die DDR noch lange existieren wird und daß es darum geht, ein friedliches Neben- und Miteinander der beiden deutschen Staaten zu sichern. Dazu mußte gegenseitiges Vertrauen geschaffen werden, und dabei durften die Militärs nicht abseits stehen. Wir haben das Hamburger Treffen als „Generalprobe“ betrachtet mit der Hoffnung, daß die eigentliche „Premiere“, also ein Treffen führender Vertreter beider Verteidigungsministerien, folgen würde. Aus dieser Sicht war eine unserer Schlußfolgerungen: Für die Teilnehmer an derartigen Veranstaltungen muß ein „professionelles“ wissenschaftliches Hinterland geschaffen werden. Sporadische individuelle Vorbereitung ist für die Weiterführung des Dialogs nicht ausreichend. Deshalb die Bemühungen zur Schaffung einer solchen Einrichtung, die in der NVA fehlte. Daß es bis zur Schaffung der „Minilösung“ in Gestalt des „Interdisziplinären

Wissenschaftsbereiches Sicherheit“ an der Militärakademie ein Jahr gedauert hat, ist der Bürokratie und dem Nichtwollen der militärischen Führung geschuldet.

Eine weitere Schlußfolgerung besagte, daß, um Konfrontation und Mißtrauen abzubauen, auch die wechselseitigen Bedrohungswahrnehmungen ernst genommen werden müssen. Nach meiner Meinung hatten z. B. die Länder des Warschauer Vertrages bei der Formulierung von Doktrinen und anderen sicherheitspolitischen Dokumenten die Frage, wie das von der Gegenseite aufgenommen wird, völlig unterschätzt. Da war es dann nicht verwunderlich, daß die Aussage in der Doktrin von 1987 über die „Vernichtende Abfuhr“ von westlichen Militärs als „Umschreibung der alten Doktrin - ‘Zerschlagung auf seinem Territorium’“ gewertet wurde.

Höhepunkt war das Hamburger Treffen natürlich auch dadurch, daß hier ein Kontakt entstand, der nun bald sein zehnjähriges Jubiläum begeht. General Hagen hat im Oktober 1989, nun schon als „a. D.“, der Akademie in Dresden einen kurzen Besuch gewidmet (beim ersten Mal durfte er nur bis ins Gästehaus), dabei brachte er sein Bedauern zum Ausdruck, daß auf unsere Einladung immer noch keine offizielle Antwort vorliegt. Alle seine Bemühungen waren gescheitert; es gab also auch auf der anderen Seite noch immer ein „Nichtwollen“. Dafür waren aber weitere Kontakte in Sicht. Im Verlauf des Gespräches ergab sich, daß General Hagen eine Einladung zu einer Konferenz nach Moskau für den November 1989 hatte, zu der auch Kapitän zur See Prof. Dr. Scheler und meine Person eingeladen waren. Also fand das nächste Treffen in Moskau statt. Interessant am Rande: Wir waren alle im Gästehaus des ZK der KPdSU untergebracht.

1990 hat General Hagen dann die Akademie mehrfach besucht. Es kam zu Gesprächen mit den Chefs Generalleutnant Gehmert und Generalleutnant Prof. Dr. Süß. Im Interdisziplinären Wissenschaftsbereich Sicherheit gab es gemeinsame Diskussionsrunden. 1991 wurde Dr. Hagen Mitglied der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheit (DSS) e. V. 1994 fand in Dresden ein Russisch-Deutsches Kolloquium zum Thema „Streitkräfte im Wandel“ statt. Veranstalter waren die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Firma Hagen & Partner GbR unter Einbeziehung von Referenten der DSS e. V.; unsere Referenten waren Dr. Rainer Böhme, Prof. Dr. Wolfgang Scheler, Prof. Dr. Siegfried Schönherr und ich selbst.

Da ich seit 1994 Gesellschafter bei Hagen & Partner bin und ab 1997 an einem Projekt zur Militärreform der Streitkräfte der Russischen Föderation mitarbeiten darf, ist sicherlich die Bezeichnung „Höhepunkt“ auch aus ganz persönlicher Sicht erlaubt.

IV. Von Ebenhausen über Saarbrücken zum Doktrin-Seminar in Wien (April 1989 bis Januar 1990)

Die Arbeitsgruppe Konventionelle Abrüstung des IEWSS hatte für die Zeit vom 23. bis 25. April 1989 zu einem weiteren Arbeitstreffen eingeladen. Gastgeber war diesmal die Stiftung Wissenschaft und Politik der Bundesrepublik in Ebenhausen (in der Nähe des Starnberger Sees). Der Wissenschaftliche Rat für Friedensforschung an der Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR hatte beim Minister für Nationale Verteidigung meine Teilnahme beantragt. Der Antrag wurde auch genehmigt. Der Auftrag zur Teilnahme war bereits Ende Februar in Dresden eingegangen, d. h. schon vor dem Hamburger Treffen. Nun bekam das Hamburger Gespräch ein Nachspiel, und es begann eine wahre Odyssee, die sich bis zum 21. April (einen Tag vor der Reise) hinzog. Was war geschehen? Der Generalsekretär des ZK der SED, Erich Honecker, hatte Fernsehübertragungen aus Hamburg gesehen und dem amtierenden Minister, Generaloberst Streletz, heftige Vorwürfe gemacht ob des Auftretens der NVA-Offiziere in Zivilkleidung. Daß wir dazu eine schriftliche Weisung hatten war vergessen, nun waren wir allein die bösen Buben. Aber viel schlimmer war die Konsequenz. Es folgte ein Befehl des Ministers mit der Festlegung: „Ab sofort haben die Angehörigen der NVA bei Reisen zu Veranstaltungen in die Bundesrepublik Uniform zu tragen.“ Das erste Opfer des neuen Befehls war Kapitän zur See Prof. Dr. W. Scheler. Er sollte zu einer Veranstaltung der DKP nach Frankfurt a. M. Diese Reise wurde gestrichen. Vor mir stand das Problem „Wie weiter?“. Eine Rücksprache im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten ergab:

- * Es ist nicht bekannt, wie der Bayerische Grenzschutz bei der Einreise eines NVA-Angehörigen in Uniform reagieren wird.
- * Die Mitarbeiter der BRD-Abteilung vertraten die Auffassung, daß bestimmte Risiken für die persönliche Sicherheit bestehen würden, wenn NVA-Angehörige in der BRD in Uniform reisen oder sich in Uniform in der Öffentlichkeit bewegen.

(Diese Aussage liegt als Aktennotiz vor). Alle Versuche, eine Lösung im Hauptstab zu erreichen, schlugen fehl. „Sie kennen den Befehl - Ende jeglicher Diskussion.“ Beim Leiter der DDR-Delegation, Prof. Max Schmidt, Direktor des IPW Berlin, hatte ich mich schon abgemeldet. Am 21. April - wie aus heiterem Himmel - die neue „salomonische“ Entscheidung: „Generalmajor Lehmann reist in Zivil und tritt bei der Veranstaltung in Uniform auf.“ Das ganze Theater hatte eine positive Seite. Die erste Entscheidung, in Uniform zu reisen, führte dazu, daß uns von höherer Stelle

ein PKW zur Verfügung gestellt wurde. Abschließend bleibt nur festzustellen, daß ich in Ebenhausen der einzige war, der eine Uniform im Koffer hatte.

Zum Arbeitstreffen selbst: Es waren erstaunlich viele Militärs vertreten. Ein Teil davon hatte schon am Rundtischgespräch in Budapest teilgenommen. Die Bundeswehr war durch Kapitän zur See Ulrich Weisser von Bundesverteidigungsministerium vertreten. Im Gegensatz zu bisherigen Treffen zeigte er jedoch nicht das geringste Interesse, mit mir ins Gespräch zu kommen. Eine Besonderheit dieses Arbeitstreffens bestand darin, daß im Plenum nur zwei einleitende Vorträge von Oberst Hallenbeck, Stab Heeresministerium der USA, und Prof. Kokoshin, Institut USA und Kanada der UdSSR, gehalten wurden.

Die weitere Arbeit erfolgte in drei Arbeitsgruppen:

- (1) Streitkräftereduzierungen und Obergrenzen
- (2) Doktrinen und Streitkräftestrukturen
- (3) Vertrauen- und sicherheitbildende Maßnahmen.

Meine Eindrücke beschränken sich auf die zweite Arbeitsgruppe. Die Diskussion war sehr kontrovers und von gegenseitigem Mißtrauen geprägt. Die Vertreter der NATO stellten unablässig Fragen an die Teilnehmer aus der UdSSR. Aus den Fragestellungen ging hervor, daß man den Erklärungen keinen Glauben schenkte und versuchte, alles als reine Propaganda darzustellen. Im Mittelpunkt standen die schon erwähnten Fragen: erdrückende konventionelle Überlegenheit des Warschauer Vertrages, Gegenangriffskonzeptionen, Zerschlagung des Aggressors, vernichtende Abfuhr. Der Leiter der Gruppe, Wim F. van Eekelen, ehemaliger Verteidigungsminister der Niederlande, formulierte das Ergebnis vor dem Plenum mit folgenden Worten: „Aufgrund der destruktiven Haltung der Vertreter des Warschauer Vertrages konnte die Arbeitsgruppe kein substantielles Ergebnis erarbeiten.“

Die nächste Reise in Fragen Sicherheitspolitik folgte am 7. Juni 1989 in das Saarland zu den „Saarbrücker Gesprächen“, wozu der Stellvertretende Vorsitzende der SPD und Ministerpräsident des Saarlandes, Oskar Lafontaine, eingeladen hatte.

Das Mitglied des Politbüros der SED, Egon Krenz, war Leiter einer Delegation des ZK der SED. Der Delegation gehörten unter anderen an:

das Mitglied des ZK der SED und Chef des Hauptstabes der NVA,
Generaloberst Streletz,
der Leiter der Abteilung Internationale Politik und Wirtschaft des ZK,
Gunter Rettner,

Botschafter Horst Neubauer, Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in der BRD,
Prof. Dr. Max Schmidt, Direktor des IPW,
Generalmajor Dr. Günter Hiemann, Stellvertreter des Chefs des Stabes der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung,
Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann, Stellvertreter des Chefs der Militärakademie „Friedrich Engels“, sowie namhafte Wissenschaftler.

Seitens der SPD waren an den Gesprächen beteiligt:

Prof. Dr. Horst Ehmke, Egon Bahr, Andreas von Bülow, Karsten Voigt, Erwin Horn, Dr. Hermann Scheer, General a. D. Helmut Opel und weitere Mitglieder des Vorstandes der Saarländischen SPD.

Es war das erste Mal, daß der ranghöchste Militär der DDR den Boden der Bundesrepublik betrat. Diesmal traten alle Militärs in Uniform auf - aus einem einfachen Grund: die Delegation reiste mit einer Sondermaschine der Interflug an. In Saarbrücken stand eine auf dem Landweg eingeflogene PKW-Kolonnie zur Verfügung. Aus militärpolitischer Sicht war das Besondere der Saarbrücker Gespräche die Tatsache, daß Generaloberst Streletz an Hand großer Schautafeln die zum Teil bereits realisierten bzw. bis 1990 noch geplanten einseitigen Abrüstungsschritte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages erläuterte. Streng genommen gehört Saarbrücken nicht zum Thema deutsch-deutscher Dialoge der Militärs, denn die Bundeswehr war nicht vertreten. Der Grund ist ganz einfach: Nach Auffassung der Regierung der BRD und des Bundesverteidigungsministeriums haben Soldaten bei Parteigesprächen nichts zu suchen. Der Vollständigkeit wegen sei dies hier eingefügt.

Ein Höhepunkt im Dialog der Militärs (nicht nur im deutsch-deutschen, sondern weltweit) war ohne Zweifel das Seminar zum Vergleich der Militärdoktrinen in der Zeit vom 16. Januar bis 05. Februar 1990 in Wien. Erstmals in der Geschichte waren alle 35 Teilnehmerstaaten der Konferenz für Vertrauen- und Sicherheitbildende Maßnahmen (VSBM) durch den jeweils ersten und höchsten Militär ihres Landes vertreten. 35 Generalstabschefs in Uniform unter den Fahnen ihrer Länder auf einer Bühne in der Wiener Hofburg – das war schon ein beeindruckendes Bild. Die Teilnehmerliste und alle Vorträge der DDR-Delegation liegen im Original vor. Ausgehend vom offiziellen Charakter dieser Veranstaltung verzichte ich auf persönliche Eindrücke zum Inhalt des Seminars. Es folgen im Wortlaut die Direktive für das Auftreten und der Bericht der Delegation (Anlagen Seiten 38-50).

Nach Beendigung des Seminars in Wien wurde das Auftreten der DDR-Delegation von den Teilnehmern am „Runden Tisch Militärreform“ einer heftigen Kritik unterzogen. Im Zentrum der Kritik stand die Frage, warum eine Militärdoktrin vorgestellt wurde, die nicht vom „Runden Tisch“ bestätigt war. Aus heutiger Sicht kann dazu nur gesagt werden:

- (1) Die Delegation hatte ein Mandat des Ministerrates der DDR. Das war die Grundlage aller offiziellen Auftritte.
- (2) In der damaligen Zeit (Ende 1989/Anfang 1990) waren viele militärpolitische Fragen und Entscheidungen in ständiger Bewegung. Die Diskussion zur Militärdoktrin (später „Militärpolitische Leitlinien“) war noch nicht abgeschlossen. Die Delegation hatte aber die Weisung, so aufzutreten, wie das Mitte Januar 1990 in Berlin in Abstimmung zwischen dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und dem Ministerium für Nationale Verteidigung festgelegt worden war.
- (3) Natürlich gab es auch zwischen den Delegationsmitgliedern unterschiedliche Meinungen. Darüber wurde diskutiert, und am Ende hat der Delegationsleiter entschieden. In Fragen der Demokratie standen wir damals noch am Anfang eines Lernprozesses.

Drei Wochen Wien waren natürlich nicht nur pausenlos Seminare. Fast täglich gab es Einladungen zu Gesprächen, Essen, Empfängen und dergleichen. Den „Neulingen im diplomatischen Geschäft“ war das anfangs etwas peinlich, denn wir hatten aus Sicht der DDR-Delegation keine Möglichkeiten zu Gegeneinladungen. Dazu fehlte schlicht und einfach das Geld. Die „Profis“ haben aber die „Neulinge“ mit der Bemerkung beruhigt: „Die Westler wissen ganz genau, daß wir kein Geld haben“.

Ein besonderer Höhepunkt im Rahmenprogramm war die Einladung zum Ball der Offiziere in der Wiener Hofburg am 19.01.1990. Militärs aus über 30 Ländern in ihren Gala-Uniformen und dazu das Flair des Festsaales mit der gesamten politischen Prominenz Österreichs waren schon ein ganz besonderes Erlebnis.

V. Abschließende Bemerkungen

Auch nach dem Seminar in Wien hatte ich Gelegenheit, an Gesprächen mit Militärs aus westlichen Ländern teilzunehmen. Die Situation hatte sich aber nach den Wahlen im März 1990 geändert. Die neue Führung des Ministeriums für Abrüstung und Verteidigung unter Leitung von Minister Eppelmann legte keinen Wert auf die Mitarbeit von Wissenschaftlern. Auch der an der

Militärakademie „Friedrich Engels“ in Dresden inzwischen entstandene „Interdisziplinäre Wissenschaftsbereich Sicherheit“ wurde vom Ministerium nicht ernst genommen.

Erwähnenswert sind noch die Besuche einer Delegation der Militärakademie an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg und der Gegenbesuch in Dresden. Aber zu diesem Zeitpunkt waren in Bonn schon alle Messen über das Schicksal der NVA und der Akademie gesungen (auch wenn wir das damals noch nicht so genau wußten).

Mit einem Abstand von fast 10 Jahren komme ich zu folgender Bewertung:

1. Die Gespräche Ende der 80er Jahre haben mir viel gegeben. Die Überzeugung, daß Sicherheit in Europa nur miteinander und nicht gegeneinander zu schaffen ist, wurde gestärkt.
2. Der Glaube an die Losung, daß die Welt nur aus Kriegstreibern auf der einen Seite und Friedensengeln auf der anderen besteht, der schon länger ins Wanken geraten war, ging endgültig verloren.
3. Die Defizite in der Entwicklung der DDR und ihrer Armee, der Widerspruch zwischen Schein und Wirklichkeit wurden immer deutlicher.
4. Die DDR und die NVA mußten dringend reformiert werden. Die alte DDR- und Armeeführung waren dazu nicht in der Lage. Sie waren für mich unglaubwürdig.
5. Der Versuch der Modrow-Regierung ist gescheitert. (Ich hätte ihr Erfolg gewünscht.) Die letzte DDR-Regierung wollte keine Reformen, sondern den Anschluß an die Bundesrepublik, das wollte auch die Mehrheit der Bevölkerung.
6. Die Gespräche haben mir ein wenig geholfen, mich nach 1990 in dieser Bundesrepublik zurechtzufinden. Die Erwartungen an die Demokratie in diesem Land werden dabei bis heute nicht erfüllt.
7. Das entscheidende Ziel aller Bemühungen, vor und nach 1990, den Frieden in der Welt sicherer zu machen, ist nicht realisiert. Ein dritter Weltkrieg ist zwar sehr unwahrscheinlich, aber die herrschende Politik ist nicht bereit, auf militärische Gewalt zur Lösung von Konflikten zu verzichten. Auch deshalb hat die Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V., ungeachtet ihrer begrenzten Möglichkeiten, weiterhin Berechtigung.

Autor: Rolf Lehmann

Prof. Dr. sc. mil., Generalmajor a. D.

Schneebergstraße 2 01277 Dresden

Zeitzeugnisse

Seite

... zur Internationalen Jahreskonferenz des IEWSS in Potsdam	
- die Liste der Teilnehmer	24-25
- der Ablaufplan	26-27
... zum Budapester Rundtischgespräch zu Fragen der konventionellen Abrüstung	
- die Liste der Teilnehmer	28-34
... zum Hamburger Treffen zwischen Offizieren der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee	
- Pressefoto und -bericht	35-36
... zu den Saarbrücker Gesprächen über die Sicherheit Europas	
- Pressefoto	37
... zum Wiener KSZE-Seminar über Militärdoktrinen	
- die Direktive für das Auftreten der Delegation der DDR	38-41
- der Bericht der Delegation der DDR zum Verlauf und zu den Ergebnissen	42-50
- Gesellschaftliches am Rande	51-54

DDR-Delegation für die Internationale Jahreskonferenz IOWSS Potsdam

Oskar Fischer	Minister für Auswärtige Angelegenheiten Leiter der Delegation
Gerhard Beil	Minister für Außenhandel
Kurt Nier	Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
Christian Meyer	Stellvertreter des Ministers für Außenhandel
Generalmajor Prof. Dr. Lehmann	Ministerium für Nationale Verteidigung, Stellvertreter des Chefs der Militärakademie „Friedrich Engels“
Oberst Prof. Dr. Schirmer	Ministerium für Nationale Verteidigung
Wilhelm Wurdak	Stellvertreter des Generaldirektors von ADN
Günter Leuschner	Staatliches Komitee für Rundfunk beim Ministerrat der DDR
Hans Jacobus	Staatliches Komitee für Rundfunk beim Ministerrat der DDR
Manfred Niklas	Hauptabteilungsleiter im MfAA, Leiter des Büros des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
Ingo Oeser	Stellvertreter des Leiters der Abteilung Westeuropa im MfAA,
Herbert Barth	Leiter der Abteilung USA, Kanada, Japan im MfAA
Peter Steglich	Abteilungsleiter im Bereich Grundsatzfragen und Planung im MfAA Leiter der DDR-Delegation auf dem Wiener KSZE-Folgetreffen
André Wieland	Stellvertretender Abteilungsleiter im Bereich Grundsatzfragen und Planung im MfAA

Max Schmidt	Direktor des IPW
Gerhard Hahn	Direktor des IIB
Rolf Reißig	Institutsdirektor AfG
Lutz Maier	Stellv. Direktor des IPW
Gerhard Basler	Stellv. HA-Leiter im IPW
Manfred Müller	Abteilungsleiter im IIB
Claus Montag	Abteilungsleiter im IIB
Christa Luft	AdW
Christine Kulke-Fiedler	IPW
Gerhard Schaarschmidt	AfG

Zusätzliche DDR-Experten

Peter Dietze	MfAA, IÖO
Günter Hillmann	ST V
Lutz Vogt	ST V
Ursula Bertsch-Herzog	MB
Siegfried Hozan	DABA
Joachim Gießmann	IPW
Wolfgang Schwarz	IPW
Peter Klein	IPW
André Brie	IIB
Gerwin Schweiger	IIB
Karl-Ernst Plagemann	IIB

Jahreskonferenz

des New Yorker Instituts für Ost-West-Sicherheitsstudien,
in der
Deutschen Demokratischen Republik
Potsdam
Juni 1988

Donnerstag, den 9. Juni 1988

- 9.00 Uhr Zusammenkunft des Akademischen Beirates des IOWSS im Konferenzgebäude „Hans Marchwitza“
- 15.00 Uhr Plenarsitzung im Saal des Konferenzgebäudes „Hans Marchwitza“
- 16.00 Uhr bis
18.00 Uhr Diskussionspodium über „Neue Wege zur Ost-West-Sicherheit“
- 18.45 Uhr Abfahrt mit Bussen vom Hotel Potsdam
- 19.00 Uhr Empfang, gegeben vom Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik und Frau Margit Fischer, im „Neuen Palais“
- anschließend
- Konzert im Schloßtheater des „Neuen Palais“
- 21.30 Uhr Rückfahrt zum Hotel Potsdam

Freitag, den 10. Juni 1988

8.30 Uhr bis
9.15 Uhr **Plenarsitzung**

9.15 Uhr bis
9.30 Uhr Pause

9.30 Uhr bis
10.15 Uhr **Plenarsitzung**

10.30 Uhr **Sitzungen der Arbeitsgruppen**
-- Arbeitsgruppe 1 Raum 1
-- Arbeitsgruppe 2 Raum 2
-- Arbeitsgruppe 3 Raum 3
-- Arbeitsgruppe 4 Raum 4
-- Arbeitsgruppe 5 Raum 5
-- Arbeitsgruppe 6 Raum 6
Alle Räume befinden sich im II. Stock des Konferenzgebäudes.

11.30 Uhr bis
11.45 Uhr Kaffeepause im Foyer des Konferenzgebäudes

11.45 Uhr bis
13.45 Uhr **Fortsetzung der Sitzungen der 6 Arbeitsgruppen**

14.00 Uhr bis
15.15 Uhr Mittagessen im Hotel Potsdam

15.30 Uhr Abfahrt der Busse zur Besichtigung

15.40 Uhr bis
18.30 Uhr **Besichtigung der historischen Gedenkstätte des Potsdamer Abkommens „Schloß Cecilienhof“ und der Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam „Schloß Sanssouci“**

19.30 Uhr bis
21.00 Uhr **Plenarsitzung**
anschließend
Abendessen im Hotel Potsdam

Sonnabend, den 11. Juni 1988

8.30 Uhr bis
9.20 Uhr **Plenarsitzung**

9.20 Uhr bis
9.45 Uhr Pause

9.45 Uhr bis
10.15 Uhr **Plenarsitzung**

10.15 Uhr bis
10.30 Uhr Pause

10.30 Uhr bis
14.00 Uhr **Plenarsitzung**

14.30 Uhr **Cocktail, gegeben vom Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Potsdam, Herrn Dr. Herbert Tzschoppe, im Hotel Potsdam**

16.00 Uhr Abfahrt mit Bussen nach Berlin

17.30 Uhr **Besuch der Konferenzteilnehmer beim Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Erich Honecker, im Amtssitz des Staatsrates**

ca.
18.45 Uhr Rückfahrt nach Potsdam

20.00 Uhr Abendessen im Hotel Potsdam

Teilnehmer am Budapester Rundtischgespräch zu Fragen der konventionellen Abrüstung

Alexei G. Arbatov	Abteilungsleiter Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen UdSSR
Robert D. Blackwill	Professor Kennedy-Regierungsschule Universität Harvard USA
Thomas P. J. Boyd-Carpenter	Generalmajor Chef des Stabes Britische Rheinarmee Großbritannien
Richard Burt	Botschafter in der BRD USA
Klaus G. Citron	Direktor Politische Planungsabteilung des Außenministeriums Bundesrepublik Deutschland
Tadeusz Czepak	Oberst Ministerium für Verteidigung Polen
Mieczyslaw Dachowski	Generalleutnant 1. Stellvertreter des Chefs des Stabes Polen

Kenneth W. Dam	Vizepräsident I. B. M. Corporation USA
Jean Desazars	Abteilung für Politische Angelegenheiten Außenministerium Frankreich
Sir James Eberle	Admiral Direktor Königliches Institut für Internationale Beziehungen Großbritannien
Valentin M. Falin	Generaldirektor A. P. N. UdSSR
Hans-Joachim Gießmann	Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Internationale Politik und Wirtschaft Deutsche Demokratische Republik
Lynn N. Hansen	Stellvertretender Direktor Amt für Rüstungskontrolle und Abrüstung USA
Peter Hardi	Direktor Ungarisches Institut für Internationale Beziehungen Ungarn

Francois Heisbourg	Direktor Internationales Institut für Strategische Studien (London) Frankreich
Gyula Horn	Staatssekretär Ministerium für Auswärtige Angele- genheiten Ungarn
Carlo Jean	Generalleutnant Direktor des Militärischen Zentrums für Strategische Studien Verteidigungsgeneralstab Italien
Zdenek Kac	Generalmajor Generalstab CSSR
Karl Kaiser	Direktor Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik Bundesrepublik Deutschland
Andrzej Karkoszka	wissenschaftlicher Mitarbeiter im Polnischen Institut für Inter- Nationale Angelegenheiten Polen
Andrei A. Kokoshin	Stellvertretender Direktor Institut für USA und Kanada UdSSR

Włodzimierz Konarski	Botschafter Leiter der KSZE-Delegation (Wien) Polen
Herbert Krolkowski	Staatssekretär Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Deutsche Demokratische Republik
Stephen Larrabee	Vizepräsident Direktor für Studien Institut für Ost-West-Sicherheitsstudien USA
Robert Legvold	Direktor W. A. Harriman-Institut Universität Columbia USA
Rolf Lehmann	Generalmajor Stellvertreter des Chefs der Militärakademie „Friedrich Engels“ (Dresden) Deutsche Demokratische Republik
Vladimir N. Lobov	Generaloberst 1. Stellvertreter des Chefs des Stabes UdSSR

Konstantin F. Michailow	Generalleutnant Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Rüstungskontrolle und Abrüstung Ministerium für Auswärtige Angelegen- heiten UdSSR
John E. Mroz	Präsident Institut für Ost-West-Sicherheits- studien (New York) USA
Manfred Müller	Professor Institut für Internationale Beziehungen Potsdam-Babelsberg Deutsche Demokratische Republik
Uwe Nerlich	Professor Stiftung Wissenschaft und Politik Forschungsinstitut für Internationale Politik und Sicherheit Bundesrepublik Deutschland
Mark Palmer	Botschafter in Ungarn USA
Jan Pudlak	Direktor Institut für Internationale Beziehungen CSSR

Volker Rühle	Vizepräsident CDU/CSU-Fraktion des Bundestages Bundesrepublik Deutschland
Lothar Rühl	Staatssekretär Ministerium für Verteidigung Bundesrepublik Deutschland
Helmut Sonnenfeldt	wissenschaftlicher Mitarbeiter The Brooking Institution USA
Ferenc Somogyi	Leiter der Abteilung für Internationale Organisationen Ministerium für Auswärtige Angelegen- heiten Ungarn
George R. Stotser	Generalleutnant Stellvertreter des Oberbefehlshabers der US-Armee in Europa USA
Vladimir V. Shustov	Direktor Zentrum für Forschung und Koordinierung Ministerium für Auswärtige Angelegen- heiten UdSSR
Victor B. Starodubov	Generalmajor Sektorenleiter in der Internationalen Abteilung Zentralkomitee der KPdSU UdSSR

Janusz Syminides	wissenschaftlicher Mitarbeiter IEWSS (New York) Polen
Hans-Peter Tandecki	Generalleutnant Vertreter der Bundesrepublik am NATO-Hauptquartier Brüssel Bundesrepublik Deutschland
Terry T. Taylor	Oberstleutnant Amt für Abrüstung und Verteidigung Ministerium für Verteidigung Großbritannien
James A. Thomson	Vizepräsident The Rand Corporation USA
Tibor Tóth	Generalleutnant 1. Stellvertreter des Chefs des Stabes Ungarn
Gregory F. Treverton	wissenschaftlicher Mitarbeiter Rat für Außenbeziehungen (New York City) USA
Stefano Silvestri	Direktor Institut für Internationale Beziehungen (Rom) Italien

Hamburger

Mittwoch, 29. März 1989 *

UNABHÄNGIG · 70

Abendblatt

Abendblatt · ÜBERPARTEILICH

Nr. 73 / 15. W. / 42. Jg. / 60 Pf.

Dammtor-Bahnhof: Die Volksarmee kam in Zivil

sti. Hamburg – Hohe Offiziere der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee sind auf Einladung des SPD-Politikers Egon Bahr in Hamburg zu zweitägigen Gesprächen über Sicherheitspolitik und Rüstungskontrolle zusammengetroffen. Die Konferenz findet im Gebäude des von Bahr geleiteten Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg in Blankenese statt.

Die DDR-Delegation war gestern mittag, 11.50 Uhr, per Eisenbahn im Bahnhof Dammtor angekommen. Ein NATO-olivgrüner VW-Kleinbus der Logistikschule der Bundeswehr brachte sie um 14.20 Uhr zum Falkenstein. Die Delegation ist fünf Mann stark: Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann, Stellvertretender Kommandeur der Militärakademie Friedrich Engels in Dresden, Generalmajor Prof. Dr. Werner Hübner, Leiter der Arbeitsgruppe Soziale Wehrerziehung im Zentralkomitee der SED sowie die Obersten Prof. Dr. Arnold und Dr. Schuster von der Militärakademie Friedrich Engels. Mit ihnen kam Bernd Lucas, Erster Sekretär der Ostberliner Ständigen Vertretung in Bonn. Zur Enttäuschung der Fotografen erschienen die Militärs von jenseits der Elbe in Zivil.

Ihre Gesprächspartner am ersten Tag waren Egon Bahr, vier Wissenschaftler seines Instituts sowie vier Offiziere der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese: Brigadegeneral Dr. Hermann Hagena, Stellvertretender Kommandeur der Akademie, die

Obersten Dr. Klaus Achmann und Helmut Berner sowie Kapitän zur See Lennart Souchon, dessen Großonkel, Admiral Wilhelm Souchon, durch den Durchbruch seines Flottenverbandes nach Konstantinopel anno 1914 Weltgeschichte gemacht hatte.

Die Einladung an die Militärs ging auf ein Gespräch zurück, das Bahr im Oktober 1988 mit dem Verteidigungsminister Heinz Kessler in Ost-Berlin geführt hatte. „Wenn die Amis und die Russen miteinander reden – warum sollen dann nicht auch Vertreter der beiden deutschen Staaten miteinander sprechen?“ sagte Bahr gestern. „Wir haben es auch nötig.“

DDR-Generalmajor Lehmann sagte: „Die Zeit für Gespräche ist vielleicht schon überreif! Wir wollen jedenfalls alles tun, um mehr Vertrauen, Sicherheit und Kooperation auch auf militärischem Gebiet zu erreichen.“

Bundeswehr-Brigadegeneral Hagena gab sich noch knapper: „Wir verhandeln nicht, wir führen Gespräche. Verhandelt wird woanders.“

Danach ging es hinter verschlossenen Türen um Fragen der beiderseitigen Militärdoktrinen, die besondere Rolle Mitteleuropas bei den Abrüstungsverhandlungen, um Rüstungswettläufe und quantitative Obergrenzen. Zur Sprache kommen werden aber auch die Schüsse an der deutsch-deutschen Grenze und die Menschenrechte im Osten.

Kommentar Seite 2
Bericht Seite 3

Von links nach rechts: die DDR-Militärs Schuster, Arnold, Hübner, Lehmann; Friedensforscher Egon Bahr; die Bundeswehroffiziere Hagena, Berner, Achmann, Souchon (Aus: Hamburger Abendblatt vom 29.03.89, Foto: LÜTTGEN)



Egon Krenz und Oskar Lafontaine:

Große Verantwortung der DDR und der BRD für Frieden und Abrüstung

Delegation des ZK der SED zu den „Saarbrücker Gesprächen“ über Sicherheit Europas / Begegnung im Amtssitz des Ministerpräsidenten

Von unseren Berichterstattern Werner Micke, Werner Otto und Horst Schäfer



Bei seiner Ankunft in Saarbrücken wurde das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED Egon Krenz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR (M.), vom Ministerpräsidenten des Saarlandes und stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Oskar Lafontaine, Vorsitzender der SPD Saar (r.), begrüßt. Der Abordnung gehören auch Generaloberst Fritz Strelitz, Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung der DDR und Chef des Hauptstabes der NVA (l.), und Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann, Stellvertreter des Chefs der Militärakademie „Friedrich Engels“ (2. v. l.), an

Telefoto: ZB/Mittelstädt

(Aus: Neues Deutschland, Berlin, 8. Juni 1989)

Direktive für das Auftreten der Delegation der DDR auf dem KSZE-Seminar über Militärdoktrinen vom 16. 1. bis 5. 2. 1990 in Wien

1. Grundlage für das Auftreten der Delegation der DDR sind die Regierungserklärung vom 17. 11. 1989 sowie der Entwurf des Beschlusses der Volkskammer über die Militärdoktrin der DDR vom 5. 12. 1989.

Die auf dem Seminar zu vertretenden Positionen werden außerdem bestimmt durch

- die im Rahmen des Warschauer Vertrages eingegangenen politischen und militärischen Absprachen und Verpflichtungen
- die Ergebnisse der einseitigen Abrüstungsmaßnahmen der DDR sowie die eingeleitete Militärreform
- die Direktive für das Auftreten der Delegation der DDR in den Wiener Verhandlungen vom 23. 2. 1989 (Beschluß Nr. PMR 02 – 110/1/89).

2. Das Hauptziel des Seminars besteht darin, durch einen Vergleich der Militärdoktrinen der KSZE-Staaten

- die mit den Jahren angewachsenen gegenseitigen Verdächtigungen,
- die bestehenden Besorgnisse und das vorhandene Mißtrauen abzubauen sowie
- zu einem besseren Verständnis der beiderseitigen Absichten der bestehenden Militärbündnisse und ihrer Teilnehmerstaaten beizutragen und die weitere Entwicklung der Militärdoktrinen in Richtung der strikten Ausprägung Des Verteidigungscharakters zu beeinflussen.

Es wird davon ausgegangen, daß der konstruktive Verlauf des Meinungsaustausches auf diesem Seminar dazu beiträgt, daß sich

- die Wiener Verhandlungen positiv entwickeln,
- die Positionen zu anderen Problemen der Abrüstung weiter annähern sowie
- die Beziehungen zwischen dem Warschauer Vertrag und der NATO verbessern.

Damit sollen die Spannungen weiter abgebaut und so Stabilität und Sicherheit in Europa und in der Welt gefestigt werden.

3. Ausgehend von der Sicherheitslage der DDR wird die Militär-Doktrin dargelegt bzw. erläutert und damit ein Beitrag zur Verbesserung des Verständnisses des militärischen Potentials der DDR und des Verfassungsauftrages der Nationalen Volksarmee geleistet. Dabei ist von den Grundzügen der Sicherheitspolitik der DDR, wie sie in der Regierungserklärung vom 17. 11. 1989 zum Ausdruck kommen, auszugehen.

Unter Beachtung der Sicherheitsinteressen der DDR ist zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen

- Dispositive und Strukturen der Streitkräfte (einschließlich Organisation, Führungsstrukturen, Dislozierung, Sicherstellungssysteme, Personalbestand, Bewaffnung, Ausrüstung, Stand der Einsatzbereitschaft, Beschaffungspläne),
- Militärische Aktivitäten und militärische Ausbildung (einschließlich Übungen, Ausbildung des Personalbestandes, Einsatz einschlägiger militärischer Vorschriften,
- Festlegung des Militärhaushaltes und langfristige Planung (einschließlich Vorbereitung und Unterbringung im Rahmen des Budgets, Zuteilung von Ressourcen).

4. In der Diskussion sind

- die Hauptrichtungen der weiteren Ausprägung des Verteidigungscharakters der Nationalen Volksarmee zu erläutern,

- die Rolle und Zweckbestimmung der Teilstreitkräfte der Nationalen Volksarmee, ihr Kampfbestand, ihre personelle Stärke, die Ausrichtung der operativen und Gefechtsausbildung, die militärischen Aktivitäten der Teilstreitkräfte, die finanzielle und materiell-technische Sicherstellung offenzulegen.

Alle Ausführungen haben Transparenz und Offenheit zu Demonstrieren, wobei eine Preisgabe geheimzuhaltender Angaben Nicht zu erfolgen hat.

In den einzelnen Darlegungen sind gleichzeitig die Besorgnisse gegenüber den Entwicklungen bei der anderen Seite zum Ausdruck zu bringen.

In den Ausführungen ist auszugehen von den Sicherheitsproblemen in Zentraleuropa und im Ostseeraum und damit von den unmittelbaren Sicherheitsinteressen der DDR.

5. Für die Nationale Volksarmee hat eine detaillierte Darlegung Zu unseren praktischen Schritten der Ausprägung eines strikten Verteidigungscharakters zu erfolgen.

Im einzelnen sind zu erläutern

- die Organisationsstruktur und die operative Verwendbarkeit der Truppen, Flieger- und Flottenkräfte der NVA,
- das System der personellen Auffüllung sowie die Entfaltung der Verbände und Truppenteile,
- das System der materiell-technischen und rückwärtigen Sicherstellung,
- die Hauptrichtungen der Ausrüstung der NVA mit Bewaffnung und Kampftechnik,
- die Stufen der Gefechtsbereitschaft der Verbände und Truppenteile für ihre mittelbare und unmittelbare Vorbereitung auf die Erfüllung von Verteidigungsaufgaben,

- das System der Ausbildung der Offizierskader und der Wehrpflichtigen,
 - das System der operativen Ausbildung und der Durchführung der Übungen-
6. Die Grundgedanken des gemeinsamen Dokumentes des Warschauer Vertrages über die Militärdoktrinen vom Mai 1987 sowie andere gemeinsame Positionen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zum Gegenstand des Seminars sind aktiv zu vertreten. Eine wirkungsvolle Koordination des Auftretens unserer verbündeten Staaten auf dem Seminar ist anzustreben. Das gilt insbesondere für das Zusammenwirken mit der Delegation der UdSSR.
7. Die Delegation der DDR nutzt ihre Möglichkeiten, durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit die auf die Festigung des Friedens Militär- und Außenpolitik der DDR zu erläutern
8. Nach Abschluß des Seminars sind dem Ministerrat ein Bericht vorzulegen sowie die Ausschüsse der Volkskammer für Auswärtige Angelegenheiten sowie für Nationale Verteidigung zu informieren.

Entwurf

Bericht der Delegation der DDR zum Verlauf und den Ergebnissen des Wiener Seminars über Militärdoktrinen

Im Rahmen der Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen der 35 KSZE-Staaten fand in der Zeit vom 16. 01. bis 05. 02. 1990 in WIEN ein Seminar zur Darstellung und zum Vergleich der nationalen Militärdoktrinen der europäischen Staaten sowie der USA und KANADAs statt.

Auf der Grundlage eines Beschlusses des Ministerrates der DDR nahm daran eine Delegation der DDR, bestehend aus Vertretern

- des Ministeriums für Nationale Verteidigung
- des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten,

teil.

Das Seminar über die Militärdoktrinen, das durch den Außenminister ÖSTERREICHs M o c k eröffnet wurde, verlief nach allgemeiner Einschätzung aller Beteiligten positiv, war für die weitere militärische Vertrauensbildung in Europa nützlich und überstieg die von den einzelnen Delegationen an die Ergebnisse des Seminars gestellten Erwartungen.

In der 1. Etappe des Seminars (16. 01. bis 19. 01. 1990) erörterten die Chefs der Generalstäbe der 35 KSZE-Staaten, darunter der Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung der DDR und Chef des Hauptstabes der NVA, Generalleutnant G r ä t z , im Auftrage ihrer Regierungen die Militärdoktrinen der einzelnen Staaten, insbesondere ihre militärpolitischen und militärstrategischen Interessen und Zielstellungen, die strategischen Ansichten sowie die verfügbaren Militärpotentiale.

Alle Delegationen bezeichneten das Treffen der Generalstabschefs sowie hochrangiger Militärs und Diplomaten als historisches Ereignis.

Erstmals haben die Chefs der Generalstäbe der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, der NATO-Staaten sowie der neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten Europas einen offenen und sachbezogenen Meinungsaustausch zu aktuellen Fragen der Streitkräfte und der militärischen Vertrauensbildung geführt.

Im weiteren Verlauf des Seminars legten die Vertreter der KSZE-Staaten, ausgehend von den grundsätzlichen Ausführungen der Chefs der Generalstäbe,

- Auftrag, Bestand, Struktur und Ausrüstung sowie
- die Prinzipien und das System der Ausbildung, vor allem die Übungstätigkeit, ihrer nationalen Streitkräfte und
- die Art und Weise der Bildung sowie der Strukturen der Militärhaushalte

dar.

Am 15. 01.1990, dem Vorabend der Eröffnung des Seminars, fand ein kurzes Arbeitstreffen der Chefs der Generalstäbe der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages statt.

Dieses Treffen diente in erster Linie dem persönlichen Kennenlernen, da von sieben Generalstabschefs fünf diese Funktion erst kurzfristig übernommen hatten.

In diesem Zusammenhang informierte der Chef des Generalstabes der Streitkräfte der UdSSR, Armeegeneral *M o i s e j e w*, darüber, daß zwischen der UdSSR und den USA durch einen Briefwechsel verabredet wurde, während des Seminars keinerlei Konfrontation herbeizuführen und auf „Anklagen“ gegen die Doktrinen der anderen Seite zu verzichten.

Im gesamten Verlauf des Seminars wurde das Bestreben aller Beteiligten sichtbar, gemäß dieser Übereinkunft konfrontative Auseinandersetzungen zu vermeiden und ein gegenseitiges Verständnis zu erzielen.

Die Ausführungen auf dem Seminar widerspiegelten, wenn auch differenziert, das Streben aller Teilnehmer, Offenheit und Transparenz zu ihren Streitkräften zu demonstrieren.

Die Darlegungen der NATO-Staaten und der neutralen, nichtpaktgebundenen Länder entsprachen dabei im wesentlichen den von ihnen bereits in verschiedenen Veröffentlichungen (Weißbücher, Military Balance u. a.) bekanntgegebenen Daten.

Erstmalig legten die Vertreter der Staaten des Warschauer Vertrages konkrete Detailangaben zu ihren Streitkräften offen.

Das wurde von den anderen Teilnehmern als ein bedeutsamer Schritt zur Transparenz gewürdigt.

Direkt kontroverse Diskussionen erfolgten lediglich zwischen der TÜRKEI einerseits sowie ZYPERN bzw. GRIECHENLAND andererseits in bezug auf die türkische Besetzung von NORDZYPERN.

Die Vertreter aller Staaten betonten in ihren Reden insbesondere

- das zentrale Ziel der Verhinderung jeglichen Krieges in Europa,
- den ausschließlichen Verteidigungscharakter sowie die Hinlänglichkeit ihrer militärischen Anstrengungen und Potentiale (Schutz der Unabhängigkeit und territorialen Integrität sowie Verteidigung gegen einen Angriff),
- den Verzicht auf den Ersteinsatz jeglicher Waffen (Gewaltverzicht) und die Suche nach politischen Lösungen von Streitfragen sowie
- als ausschließliches Ziel militärischer Handlungen im Falle einer Aggression die Wiederherstellung des status quo ante.

Die Ausführungen der Mehrzahl der Delegationen beschränkten sich bei der Darstellung der Vorbereitung der Streitkräfte hinsichtlich ihres Einsatzes auf eine allgemeine Schilderung der Prinzipien und Strukturen der Ausbildung sowie der Übungstätigkeiten unter Berücksichtigung der Bündnisverpflichtungen bzw. militärgeographischen Bedingungen der jeweiligen Staaten und den Nachweis ihrer ausschließlichen Ausrichtung auf Verteidigung.

Nach Auffassung der USA und GROSSBRITANNIENS würde jeder militärische Konflikt zwischen den Bündnissen in einen Kernwaffenkrieg münden.

In den Auftritten der NATO-Delegationen wurde sichtbar, daß sie von einer unverändert bestehenden Angriffsbedrohung durch die Armeen des Warschauer Vertrages, vor allem die Streitkräfte der UdSSR, ausgehen.

Sie verteidigten die Strategie der flexiblen Reaktion, den Ersteinsatz von Kernwaffen sowie die Praxis der Durchführung großer Übungen.

Die NATO-Staaten bekräftigten das Festhalten an den Prinzipien der kollektiven Abschreckung und Vorneverteidigung sowie dem FOFA-Konzept als strategische Dispositive im Falle eines Angriffs, um den Schaden für die eigenen Staaten so gering als möglich zu halten und den potentiellen Angreifer vor eine unvorhersehbare Antwort zu stellen.

Sie deklarierten die NATO-Streitkräfte als „nichtangriffsfähig“, da ihnen u. a. dafür die logistischen Voraussetzungen fehlen würden. Die hohe Mobilität ihrer Streitkräfte begründeten sie mit den spezifischen militärgeographischen Bedingungen des Bündnisses.

Zugleich mußten sie anerkennen, daß die in den Staaten des Warschauer Vertrages vor sich gehenden Veränderungen auch eine Evolution in den militärdoktrinären Auffassungen bewirken.

Im einzelnen wurden u. a. hervorgehoben von

- den USA, das Erfordernis der strategischen Mobilität ihrer Streitkräfte sowie von atomaren Gefechtsfeldwaffen als Integrationsfaktor zwischen strategischem Nuklearpotential und konventionellen Streitkräften;
- der Bundesrepublik Deutschland, daß die Bundeswehr nur im Falle eines Angriffs militärisch im Bündnis handeln werde, eine Änderung des Auftrages der Bundeswehr in absehbarer Zeit nicht erforderlich sei sowie vorwärts-dislozierte NATO-Streitkräfte in der BRD wegen der geringen geographischen Tiefe notwendig sind;
- FRANKREICH, die Notwendigkeit des Besitzes nationaler Kernwaffen, die mit dem übrigen Potential eine Einheit bilden, und der Verteidigungsauftrag der französischen Streitkräfte eine Vielfalt an Gruppierungen und Strukturen erfordere;
- GROSSBRITANNIEN, der Beitrag zur NATO-Triade (nukleare Abschreckung, direkte Verteidigung des Vereinigten Königreiches, Vorneverteidigung des europäischen Festlandes).

Auf die kritischen Hinweise der sowjetischen Delegation bezüglich Umfang, Häufigkeit und Dauer von NATO-Großmanövern wurde seitens der NATO-Staaten unterstrichen, daß

- Großmanöver aus operativ-taktischen und sprachlichen Gründen im Bündnis erforderlich seien und
- erst bei entscheidender Potentialverringering im Ergebnis von Abrüstungsverhandlungen in den Ausmaßen entscheidend verringert werden könnten.

Sie verweisen darauf, daß die breite Anwendung von Simulatoren bereits zu einer Verminderung des Umfangs der teilnehmenden Kräfte geführt habe.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages konzentrierten sich bei ihren Darlegungen auf den Stand

- der einseitigen Verminderung ihrer Streitkräfte und Militärausgaben,
- der Umsetzung der neuen Verteidigungsdoktrin im Auftrag, der Struktur, dem Bestand sowie der Ausbildung und den militärischen Aktivitäten ihrer Streitkräfte.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages verdeutlichten ihr Herangehen an die Konzeption der Gegenoffensive als strategische Antworthandlungen im Falle einer Aggression mit dem ausschließlichen Ziel der Zerschlagung des eingebrochenen Aggressors auf den Territorien der verbündeten Staaten.

Nach polnischer Ansicht sollten für jeden Teilnehmer annehmbare Kriterien für Größe und Struktur (Inhalt) des Gegenangriffspotentials erarbeitet werden.

Die CSSR und UNGARN verwiesen vor allem auf die Umdislozierungen ihrer Streitkräfte in Verwirklichung der Verteidigungsdoktrin (keine grenznahen Offensivkräfte).

Die Staaten des Warschauer Vertrages brachten ihre Bereitschaft zu einer weiteren Senkung der Militärausgaben und zur Teilnahme am UNO-Berichtssystem über Militärausgaben zum Ausdruck.

UNGARN forderte den Verzicht auf jegliche Waffenexporte.

Die bestehenden gegenseitigen Zweifel, daß die vorhandenen Militärpotentiale auch zu offensiven (aggressiven) Handlungen genutzt werden können, wurden nicht ausgeräumt.

Die NATO-Vertreter bekundeten dies vor allem gegenüber den sowjetischen Streitkräftegruppierungen (Verhältnis von Makro- und Mikrostruktur der Streitkräfte), während die sowjetischen Vertreter dies insbesondere zum Umfang der schnellen Eingreiftruppen der NATO äußerten.

Aus sowjetischer Sicht ist das Konzept der atomaren Abschreckung widersprüchlich, da es politisch einen Feind voraussetze und militärisch zum Wettrüsten führe. Jede Kernwaffe sei eine Angriffswaffe.

Nach Auffassung der BRD bedeutet der Begriff „vernichtende Abfuhr“ Verzicht auf die politische Lösung von Konflikten.

Die neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten hoben vor allem ihre Besorgnis über mögliche militärische Konflikte, in die sie einbezogen werden und die sich aus den sich gegenüberstehenden Streitkräftegruppierungen der NATO und des Warschauer Paktes ergeben könnten, hervor.

SCHWEDEN erläuterte das Konzept der Totalverteidigung des Landes als neutraler Staat (Einbeziehung des ganzen Volkes, hoher Bereitschaftsgrad der präsenten Kräfte und der logistischen Einrichtungen für die Mobilmachung). Analoge Aussagen erfolgten durch ÖSTERREICH, die SCHWEIZ und FINNLAND. SCHWEDEN befürchtet, daß im Falle von Streitkräfteverminderungen das Streben nach Qualität und Mobilität der Streitkräfte sich verstärkt, was neue entsprechende vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen erfordere.

Der Vertreter der SCHWEIZ stellte bei der NATO einen Wandel bei der Begründung der Notwendigkeit der nuklearen Abschreckung fest.

Früher sei sie mit konventioneller Überlegenheit begründet worden, heute wird dafür der Verzicht auf jeden Waffeneinsatz durch einen potentiellen Angreifer angeführt.

Seitens der SCHWEIZ und ÖSTERREICH wurden mögliche Kriterien für den Charakter defensiver Streitkräftestrukturen dargelegt, die sie unter anderem in folgenden Punkten sehen:

- relativ schwache aktive Kräfte im Verhältnis zu den mobilzumachenden Anteilen
- großer Teil raumgebundener Kräfte, bei begrenzter Anzahl mobiler Einheiten für vorwiegend taktische Angriffsaufgaben
- geringer Anteil mechanisierter Kräfte
- Beschränkung der militärischen Handlungen auf das eigene Territorium und Verzicht auf weitreichende Waffensysteme, vor allem bei den Fliegerkräften
- Abwehrkampf auf der Basis von Kräften in vorbereiteten Stellungen, die keine Offensivfähigkeit besitzen
- keine großen Vorräte in Grenznähe
- defensive Ausrichtung des Mischverhältnisses und des Bestandes an
 - * Panzer und mechanisierten Truppen zur Infanterie bzw.
 - * Luftangriffsmittel zu Luftverteidigungsmittel
 - * Panzer zu Panzerabwehrmittel
- Abhängigkeit von Rüstungsbeschaffungen im Ausland (Import oder Autarkie).

SCHWEDEN und ÖSTERREICH treten für eine Senkung der Parameter für die Ankündigung und Beobachtung militärischer Aktivitäten sowie die Einbeziehung von Kommandostabsübungen und Alarmaktivitäten in neue vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen ein.

Die westlichen Delegationen würdigten vor allem die sachlichen und konkreten Beiträge der Republik POLEN, der CSSR und der DDR, die von großer Offenheit geprägt waren und so zum Gelingen des Seminars beigetragen haben.

Nach inoffiziellen Einschätzungen von Vertretern neutraler Staaten sind die Delegationen des Warschauer Vertrages mit konkreteren Aussagen aufgetreten als die NATO-Staaten.

Die Rede des Stellvertreters des Ministers und Chefs des Hauptstabes zur Militärdoktrin der DDR wurde mit großem Interesse von allen Teilnehmern aufgenommen. Insbesondere die Delegation der UdSSR wertete das Auftreten des DDR-Vertreters positiv. Angehörige westlicher Delegationen schätzten diese Ausführungen unter den sich in der DDR vollziehenden Veränderungen als zurückhaltend ein.

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral **W e l l e r s h o f f**, reagierte auf die Ausführungen des Chefs des Hauptstabes der NVA widersprüchlich. Er schätzte sie als informativ und für die Zukunft hoffnungsvoll ein, sehe in einzelnen Aussagen jedoch auch Fragwürdiges.

Das Auftreten der weiteren Vertreter der DDR,

- Generalmajor **D e i m**, Chef der Verwaltung Gefechtsbereitschaft und operative Ausbildung im Hauptstab der NVA, zur Struktur und zum Bestand der NVA,
- Generalmajor Prof. Dr. **L e h m a n n**, Stellvertreter des Chefs der Militärakademie „Friedrich Engels“ für Wissenschaft und Forschung, zur operativen und Gefechtsausbildung in der NVA sowie
- Generalmajor **K a d e n**, Chef Finanzökonomie im Ministerium für Nationale Verteidigung, zum Verteidigungshaushalt der DDR,

fand wegen der Sachbezogenheit und Konstruktivität ihrer Ausführungen eine breite Zustimmung, insbesondere seitens der UdSSR, der USA, der BRD, SCHWEDEN u. a. Staaten.

Die BRD schätzte den Beitrag von Generalmajor **D e i m** als einen Höhepunkt bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes IIIb ein.

Die seitens der DDR-Delegation im Verlaufe des Seminars geäußerten Vorschläge bezüglich

- der Erarbeitung eines Glossars militärischer Begriffe im Interesse größerer Klarheit und der Beseitigung von Mißverständnissen,
- Vereinbarungen zum einheitlichen Ausweis bzw. zur inhaltlichen Bestimmung der Verteidigungsausgaben,
- der Schaffung kooperativer Sicherheitsstrukturen und einer stärkeren Zusammenarbeit über Länder- und Bündnisgrenzen hinaus, z. B. durch gegenseitige Besuche der Militärakademien,

fanden ein breites Echo und wurden positiv aufgenommen.

Die BRD-Delegation sprach sich dafür aus, das Glossar durch ein oder mehrere wissenschaftliche Institute aus Ost und West erarbeiten zu lassen.

Aus der Sicht der Delegation entsprachen Informationsgehalt und die politischen Aussagen der Ausführungen der Vertreter der DDR im vollen Umfang den Zielstellungen des Seminars.

Die Delegation der DDR hat damit zur erfolgreichen Durchführung des Wiener Seminars aktiv beigetragen.

Die Durchführung des Seminars wurde zu vielfältigen informellen Kontakten mit den Vertretern von NATO-Staaten sowie neutralen, nichtpaktgebundenen Ländern genutzt.

So führte der Stellvertreter des Ministers und Chef des Hauptstabes Gespräche insbesondere mit

- dem Chef des Vereinigten Stabes der US-Streitkräfte, General P o w e l l ,
- dem Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral W e l l e r s h o f f ,
- dem Generalstabschef der Schweizer Armee, Korpskommandant H ä s l e r ,
- dem Generaltruppeninspekteur des Österreichischen Bundesheeres, General T a u s c h i t z , sowie
- dem Oberbefehlshaber der Schwedischen Streitkräfte, General Gustafsson .

Bei den informellen Kontakten standen vor allem die Problematik der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die sich daraus ergebenden Sicherheitsprobleme und politischen Besorgnisse der übrigen KSZE-Staaten im Mittelpunkt.

Alle Gesprächspartner betonten das Interesse, diesen Prozeß unter Nutzung gesamteuropäischer Entwicklungen und europäischer Stabilität kontrollierbar zu machen sowie dabei die 4-Mächte-Verantwortung zu berücksichtigen.

Die Vertreter der USA, der SCHWEIZ, ÖSTERREICHs, SCHWEDENs und anderer westlicher Länder bekundeten ihr demonstratives Interesse an einer Weiterführung bzw. Herstellung direkter militärischer Beziehungen mit der NVA der DDR.

Die in WIEN anwesenden Korrespondenten und Vertreter der Massenmedien bekundeten gegenüber der DDR-Delegation großes Interesse, welches sich vor allem auf die Beantwortung von Fragen zu den Entwicklungen in der DDR und in der Nationalen Volksarmee, zur Militärdoktrin der DDR und zur Haltung der NVA bzw. der DDR zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, zu einem möglichen Abzug sowjetischer Truppen aus der DDR sowie zur Umgestaltung des Mechanismus des Warschauer Vertrages bezog.

Pressegespräche wurden mit dem Fernsehen der DDR, dem ZDF und dem Bayrischen Rundfunk sowie Vertretern der „Europäischen Wehrkunde“, der „Washington Post“, von „Time – The Weekly Newsmagazine“, 10 französischen Zeitungen, darunter von „le monde“, sowie mit dem „Spiegel“ Hamburg geführt.

Die geführten Gespräche und gewährten Interviews wurden genutzt, um auch unter den gegenwärtig komplizierten inneren Bedingungen der DDR Verständnis für die Haltung der Regierung M o d r o w zu außen- und innenpolitischen Fragen zu erreichen.

Insgesamt kann eingeschätzt werden, daß das Wiener Seminar erfolgreich verlief und die gestellten Erwartungen übertroffen hat.

Es wurden vielfältige Ideen und Anregungen für die Weiterführung des militärpolitischen Dialogs entwickelt.

Insbesondere das persönliche Kennenlernen der Chefs der Generalstäbe aller 35 KSZE-Staaten und die dabei geführten persönlichen Gespräche können als für die militärische Vertrauensbildung nützlich eingeschätzt werden.

Der Chef des Generalstabes der Streitkräfte der UdSSR unterbreitete den Vorschlag, derartige Treffen zukünftig in regelmäßigen Abständen durchzuführen.

Die Durchführung eines weiteren Seminars wurde auch von den USA und anderen NATO-Staaten sowie neutralen Ländern unterstützt.

SCHWEDEN äußerte dazu die Vorstellung, dieses Seminar Mitte oder Herbst 1991 vorzusehen.

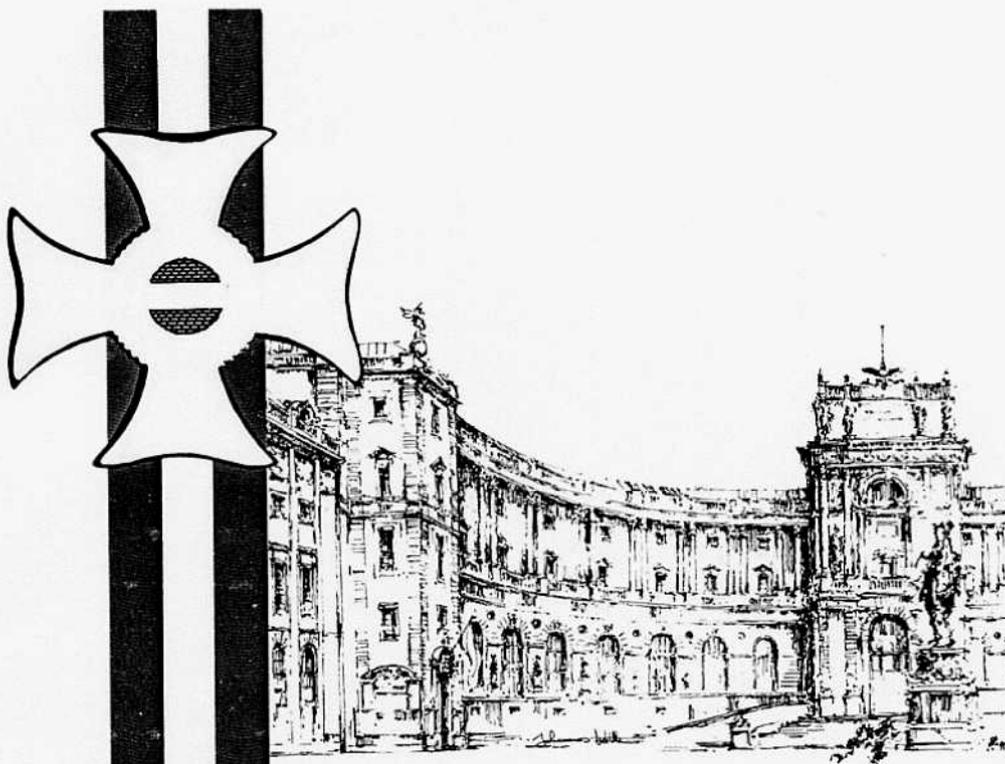
.



Generalmajor
LEHMANN
KSZE Wien / Vienna 1.19.1990

AUSTRIA

BALL DER OFFIZIERE



EINLADUNG

BALLPRÄSIDIUM

Ministerialrat DDr. Erich REITER
Leiter Sektion I

Sektionschef Dr. Franz SALLER
Leiter Sektion II

General Johann PHILIPP
Leiter Sektion III und Armeekommandant

General Dr. Peter CORRIERI
Leiter Sektion IV

General Eduard FALLY
Kommandant Korps I

Korpskommandant Johann MITTENDORFER
Kommandant Korps II

General Karl SCHAFFER
Kommandant Landesverteidigungsakademie

Divisionär Adolf FELBER
Kommandant Theresianische Militärakademie

Divisionär Karl MAJCEN
Militärkommandant von WIEN

Hauptmann a.D. WHR Dr. Johann Christoph ALLMAYER-BECK
Ehrenpräsident ALT NEUSTADT

Hauptmann Johannes HOFMANN
Präsident Offiziersgesellschaft WIEN

BALLKOMITEE

Oberst	Rudolf JANKE
Oberstapotheker a. D. Mag. pharm.	Herbert KÖNIG
Oberst	Dietmar PETUTSCHNIG
Oberstleutnant	Wolfgang BRAUNER
Oberstleutnant	Udo LIWA
Oberstleutnant	Dieter SCZERBA
Oberstleutnant	Otmar STEINER
Hauptmann	Johannes HOFMANN
Hauptmann	Josef WEBER

BALLBÜRO

RADETZKY - Kaserne
Objekt 1, Zimmer 6
Panikengasse 2
A - 1163 Wien
Tel.: 0222 / 491 61 / 250
Montag - Freitag: 0900 bis 1500 Uhr

FESTLICHE ERÖFFNUNG

21.30 Uhr Eröffnungsfanfare
Einzug des Jungdamen- und
Jungherren-Komitees
A - Dur Polonaise F. CHOPIN
Einzug der Ehrengäste
Bundeshymne
Fächer -Polonaise C. M. ZIEHRER
Schauprogramm mit Tanzeinlage
Eröffnung des Balles durch den
Herrn Bundespräsidenten
Wiener Bürger - Walzer C. M. ZIEHRER

24.00 Uhr MITTERNACHTSQUADRILLE J. STRAUSS
Choreographie: Direktor Robert HYSEK
Tanzschule ELMAYER-VESTENBRUGG

Damenspende: überreicht von 

ES SPIELEN FÜR SIE

Festsaal: Salonorchester der Gardemusik
Dirigent: Militärkapellmeister
Obstlt Mag. Hans Schadenbauer
Big-Band der Gardemusik
Dirigent: Militärmusikmeister
Vzlt Hermann Auer

Zeremoniensaal: the hubbubs
Internationale Tanz- und Showband

Neuer Saal: action 48

Rittersaal: Barmusik

Gartensaal im Parterre:
VIDEO - DISCO
Großbildsystem mit Tanz und Bild

Kleidung:

Damen: Bodenlanges Abendkleid

Herren: Uniform - Gesellschaftsanzug mit
Volldекoration
Frack
Smoking

Einlaß: 20.30 Uhr

Eröffnung: 21.30 Uhr
Ende: 04.00 Uhr

KARTENVERKAUF, TISCHBESTELLUNGEN

vom 2. Jänner 1990 bis 18. Jänner 1990.

Montag bis Freitag von 09.00 bis 15.00 Uhr.

1. Amtsgebäude

Franz Josefs-Kai 7 - 9

1010 WIEN

Tel.: 51-595/3570 DW

2. Stiftkaserne, Stöckltrakt

Stiftgasse 2a

1070 WIEN

Tel.: 93-56-21/5204 DW

3. An der Abendkassa, ab 18.00 Uhr

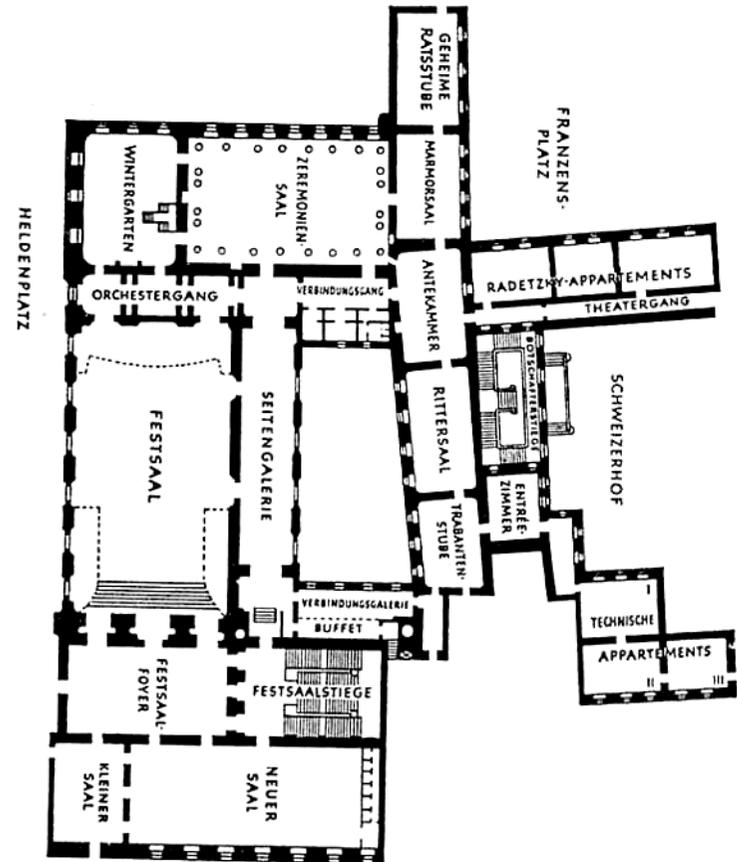
Eintrittskarte S 300.--

Studenten, Militärakademiker
und Einjährig-Freiwillige S 170.--
(inkl. 20% MWSt)

Eintritt mit ermäßigten Karten nur gegen Ausweisleistung

Der Reingewinn des Balles dient der Renovierung und Erhaltung der
Denkmäler in der Theresianischen Militärakademie.

Redaktionsschluß: 31. 10. 1989



zu Ehren von Herrn Ministerialdirektor Wolfgang Ruppelt,
Hauptabteilungsleiter Haushalt,
und Brigadegeneral Ekkehard Richter,
Bundesministerium der Verteidigung

Der Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland
bei den VSBM-Verhandlungen
Botschafter Dr. Günter Joetxe
~~und Frau Christine Joetxe~~
gibt ~~geben~~ sich die Ehre

Herrn Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann

zum Buffet-Abendessen am Mittwoch
dem 31. Januar 1990 um 19.30 Uhr einzuladen.

~~U. A. u. g.~~ p. m.
Telefon 71154-171

Zivil oder Uniform

1130 Wien
Waltmannngasse 44

Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“

- Heft 32: Friedensordnung als Aufgabe der gegenwärtigen Epoche.
Beiträge von Volker Bialas, Ernst Voit und Wolfgang Scheler
Dresden 1997, 36 Seiten; 2,30 DM
- Heft 35: Harald Kießlich-Köcher
Die Streitkräfte der Russischen Föderation.
Informationen zu Militärreform, Generalstab, soziale Lage, Indoktrination,
Waffenhandel. *Anlagen:* Föderales Gesetz „Über die Verteidigung“, Verordnung
über den Verteidigungsrat der Russischen Föderation
Dresden 1997, 46 Seiten; 2,80 DM
- Heft 36: Gustav Urbani
Ungarns Weg in die NATO
Dresden 1997, 28 Seiten; 1,90 DM
- Heft 37: Herbert Müller
Geheime Verschlusssache: Die Spezialpropaganda der Nationalen Volksarmee
[Rückblicke (7)]; Dresden 1997, 23 Seiten; 1,70 DM
- Heft 38: Siegfried Schönherr
Das Institut für Konversion der Streitkräfte (IKOS) des Ministeriums für Abrüstung
und Verteidigung der DDR (08. Juni - 02. Oktober 1990), [Rückblicke (8)]
Dresden 1997, 36 Seiten; 3,50 DM
- Heft 39 Harald Kießlich Köcher
Die Streitkräfte der Russischen Föderation.
Neue Sicherheitskonzeption. Neuer Sicherheitsrat. Neue Militärdoktrin.
Im Wortlaut (Arbeitsübersetzung): Konzeption der nationalen Sicherheit
der Russischen Föderation; Dresden 1998, 44 Seiten; 3,50 DM
- Heft 40 Warum Umrüstung statt Abrüstung in Europa? Für welchen Frieden, für welchen
Krieg und um welchen Preis?
Beiträge zum Sechsten Dresdner Friedenssymposium am 14. Februar 1998
Dresden 1998, 52 Seiten; 3,50 DM
- Heft 41 Hermann Klenner: Die Europäische Union als demokratische, rechts- und
sozialstaatlich verfaßte Friedensordnung?
Wolfgang Scheler: Die heutige Weltgesellschaft und der Abschied von der
militärischen Gewalt
Ernst Voit: Gesellschaftliches Bewußtsein zwischen Friedenssehnsucht und
Kriegsbereitschaft
Dresden 1998, 40 Seiten; 3,00 DM
- Heft 42 Ernst Voit
Friedensforschung in Dresden. Der interdisziplinäre Arbeitskreis Friedens-
forschung Dresden (IAFD) 1989-1990, [Rückblicke (9)]
Dresden 1998, 24 Seiten; 2,00 DM